

Erscheint täglich außer Montags. Abonnementspreis für Berlin...

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile...

Verantwortlicher: Amt 6, Nr. 4106.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 4. Juni 1891.

Expedition: Benth-Strasse 3.

Der evangelisch-soziale Kongress.

In der letzten Maiwoche tagte im Saale des Missionshauses am Johannistisch die zweite Generalversammlung des evangelisch-sozialen Kongresses.

Der protestantische Pietismus, stets etliche Pferdelängen zurück hinter seinem kräftigeren, mächtigeren, lebensnäheren Rivalen, dem Katholizismus, hatte sich im vorigen Jahre zu einer sozialpolitischen Körperschaft organisiert...

Wenn die katholische Klerisei, ihnen voran der Papst, die Heilskraft des katholischen Glaubens mit Eifer predigt, der dazu berufen sei, die Noth der Zeit zu beseitigen...

Wer bildet ihre Gefolgschaft? Die Ruhnießer der jetzigen Wirtschaftsordnung, die Großbürger, welche noch trunken von den Lehren eines David Friedrich Strauss, Feuerbach und Darwin...

Schuppen von den Augen fällt, und hie und da ein verpörrichter Nachzügler, dem der Kopf schwer ist von dem süßen Weine des Sozialismus...

Da waren Leute, die wußten, was sie wollten, und solche, die nicht wußten, was sie wollten; wieder Andere, die nicht wußten, was sie wollten, und solche, die wußten, was sie nicht wollten.

Die Kongresse der Arbeiterpartei, der größten denkwürdigen Partei, haben auf die Freude verzichtet müssen, die den 700 evangelischen Männern aus allen Theilen Deutschlands...

durch den kaiserlichen Regierungsrath Dr. Wilhelmi, bekannt aus den Debatten der Gewerbenovelle, das Ministerium des Innern durch den Unterstaatssekretär Braunbehrens...

Politische Uebersicht.

Berlin, 3. Juni.

Was wir gestern über die ungünstige Aufnahme agrarischen Kornzölle in den weitesten Kreisen der Bevölkerung hervorgebracht hat, wird durch die von allen Seiten einlaufenden Berichte im weitesten Umfange bestätigt.

Revue.

Nachdruck verboten.

(75)

Die Falkner von St. Vigil.

Roman aus der Zeit der bayerischen Herrschaft in Tirol von Robert S. Weichsel.

Nun stand er oben. Mit tiefen Bügen athmete er die kalte Luft ein und auch den Gut nahm er ab, um sich die heiße Strömung zu fühlen.

Zu seinen Füßen lag das Pustertal, von der Riesniederschneide, deren Wellen um den Schieferfelsen des ehemaligen Klosters von Sonnenburg blinkten.

hinter Brunck in scharfer Krümmung bildet. Dem Zuge des Thales gen Osten folgend, schneifte Ambros' Blick über die ehrwürdig kahlen Giesenhäupter der Dolomiten...

Mitten in dieser Herrlichkeit blieben Ambros' Blicke lange auf einen kleinen Punkt gerichtet: auf das graue Schindeldach der Schneidemühle von St. Vigil.

Er stieg hinab. Unterhalb des Föhrenwaldes, in den der Fuß des Spitzhördl auf der Mittagsseite tauchte, war die Matte ganz roth von blühenden Alpenrosen...

Ein Gamsbart auf 'm Hut, Im Herzen frischen Rausch, Das Büchlein in der Hand Für Gott und Vaterland...

Es war die erste Strophe eines Liedes, das sie oft im Stern gesungen hatten. Plötzlich brach er ab und rief: „Heiliges Kreuz, darauf hatt' ich in den Tod ver-gessen!“

und Haar verschreiben und den österreichischen Handelsvertrag opfern.

Und was kann Herr von Caprivi auf die Zumuthung antworten? Die Logik seiner vorgelegten Rede richtet sich eben sowohl gegen den österreichisch-deutschen Handelsvertrag wie gegen die Suspension der Getreidezölle. Und wer es gesagt hat, muß auch es sagen!

Das Verhalten der deutschen Regierung erscheint vom Standpunkte der einfachsten politischen Klugheit um so fehlerhafter, als es mit dem gleichzeitigen Verhalten der französischen Regierung in der gleichen Frage nothwendig in Parallele gebracht wird und zu Vergleichen herausfordert, die nur zum Nachtheil der deutschen monarchischen, und zum Vortheil der französischen republikanischen Regierung ausfallen können.

Wenn in Organen der brotvertheuernden Landjunker hier und da der Gedanke ausgesprochen wird, die hohen Kornpreise nähren den Großgrundbesitzer jetzt gar nichts, so ist das, wörtlich genommen, nicht bloße politische Heuchelei. Die Herren Landjunker haben nämlich so gut wie keine Getreidevorräthe mehr. Für den Moment ist es ihnen daher ziemlich einerlei, ob die Kornpreise hoch sind oder niedrig. Das, wozu sie sich für sie handelt, ist die nächste Ernte. Diese wollen sie vermittlest der Zölle künstlich verteuern. Und, wenn das deutsche Volk die Reichsregierung nicht auf andere Bahnen drängt, dann werden die Herren Junker auch ihren Zweck erreichen.

Bei der allgemeinen Aufregung, welche der Beschluß der Reichsregierung hervorgerufen hat, konnte der Ausruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes den beabsichtigten Eindruck nicht verfehlen. Jedenfalls hat die Sozialdemokratie in der Bewegung gegen die Kornzölle nun die Führerschaft übernommen.

Die „Vossische Zeitung“ von gestern Abend schreibt anlässlich des Ausrufs:

Wir schlossen im heutigen Morgenblatt die Besprechung der Rede des Ministerpräsidenten von Caprivi gegen die Ermäßigung der Getreidezölle mit den Worten, man habe Wasser auf die sozialdemokratischen Mühlen geschafft. In der That hat der Parteivorstand der Sozialdemokratie schon gestern einen Ausruf erlassen, der in scharfen Sätzen den Beschluß der Regierung gerügt und die Erklärung abgibt, dem Staatsministerium seien die Gefahren der Brotvertheuerung nicht zum vollen Bewußtsein gekommen, sonst wäre seine Haltung einfach und unbegreiflich. Ab dann wird angeordnet, daß überall im Reiche Volksversammlungen einberufen werden, auf deren Tagesordnung zu stellen sei: „Die Kornzölle und die Reichsregierung“. Gleichzeitig wird der Wortlaut von Erklärungen, welche in jenen Versammlungen angenommen werden sollen, mitgetheilt“ u. s. w.

Und das Reptilienblatt des Ex-Reptilienfonds-Verwalters beehrt uns mit einem wohlverdienten Wuth- und Schimpf-ausbruch:

„Diese Mobilmachung der Sozialdemokratie findet nur vorwiegend zum „Schutze des Volkes“ statt. Es besteht keine Brotvertheuerung auf Grund der Getreidepreise und folglich bedarf es keiner Abwehr derselben. Wenn die Sozialdemokratie dennoch eine solche unter großem Lärm veranstaltet, so setzt sie sich damit dem Verdachte aus, daß sie im Einverständnis mit bedrohten Interessenten handelt. Wir unsererseits sind nie über das Kartell zwischen gewissen Elementen der Börse und der Sozialdemokratie im Zweifel gewesen. Besonders charakteristisch für dasselbe ist die von uns mehrfach besprochene Stellung der „Frankfurter Zeitung“ der Sozialdemokratie gegenüber. Wir halten das Geschäft auf sozialdemokratischer Seite für ein ganz einträgliches.“

Der Reptilienwater in Friedrichsruhe steht selber zur Börse — Gleichröder und Genossen — in so intimen (und nebenbei auch einträglichem) Beziehungen, daß er ganz sicher weiß: er hat mit dieser Insinuation gelogen und verleumdet. Im übrigen quittiren wir mit großer Genugthuung, daß der Schächling und stille Kompagnon des Herrn Gleichröder sich über die Sozialdemokratie ärgert. Das zeigt uns, daß wir Recht haben; und wir werden nur um so kräftiger auf die Herren Brotvertheuerer und ihren Chef, den Herrn Ex-Reichskanzler loschlagen.

Die Zulassung russisch-polnischer und galizischer Arbeiter. Wenn die Staatsinteressen mit denen der Bourgeoisie einmal in Widerstreit gerathen, was freilich nur

sehr selten der Fall ist, dann bemüht sich die Regierung ängstlich, einen Ausgleich zu schaffen, welcher der herrschenden Klasse nicht wehe thut. In besonderer Reinheit läßt sich diese Thatsache bei der Stellung der Regierung zu der Frage der Beschäftigung russisch-polnischer und galizischer Arbeiter auf deutschem Boden nachweisen. Es war allerdings nur ein vermeintliches Staatsinteresse, dem die Regierung diente, als sie die Polen-Ausweisungen vornahm; sie opferte einem politischen Schachzuge das Lebensglück zahlloser Familien und schürte den Chauvinismus und den Nationalitätenhaß, aber das ändert nichts an dem Umstande, daß diese Maßregel durchaus nicht den Beifall der ostelbischen Landjunker und Fabrikherren fand. Berührte das Vorgehen der Regierung doch die zarteste Seite ihres Gemüthes, die Prostitution. Die fremden Arbeiter waren ein ausgezeichnetes Ausbeutungsobjekt gewesen; sie hatten als Lohnbrüder Verwendung gefunden, und ihre Ausweisung, der plötzliche Fortfall einer Menge Arbeitskraft, bot den einheimischen Arbeitern Gelegenheit, höhere Lohnforderungen durchzusetzen. Das konnte sich kein nationaler Agrarier, kein nationaler Schlotjunker gefallen lassen, und immer lauter erhob sich in allen landwirthschaftlichen und industriellen Vereinen der Ruf: Die Polen müssen zurück. An der Regierung lag es nun, die höhere Einheit zu finden, in der sich Staatsinteresse und Junkerinteresse veröhnten konnten. Und es ist ihr gelungen. Man lese folgende Mittheilung, die der „Vossischen Zeitung“ aus Schlefien zugeht, und man wird die Weisheit und Umsicht des Herrn Ministers des Innern an mehreren Stellen zu bewundern Gelegenheit finden:

„Für die freilich erst nach langem Zögern ertheilte Erlaubniß russisch-polnischer und galizischer Arbeiter zeitweilig in industriellen und landwirthschaftlichen Betrieben zu beschäftigen, hält die Regierung mit Strenge daran fest, diese Beschäftigung als einen Ausnahmezustand zu behandeln, für den gewisse Beschränkungen festzuhalten sind. So ist erst dieser Tage wieder den Arbeitgebern eingeschärft, daß polnische Arbeiter aus dem Auslande in landwirthschaftlichen Betrieben nur für die Zeit vom 1. April bis Ende Oktober, in industriellen Betrieben in der Zeit vom 1. Oktober bis 1. April in Arbeit genommen werden dürfen und für Ausnahmen davon die Genehmigung des Regierungspräsidenten nachsuchen ist. Der Umstand, daß eine Anzahl ausländischer Arbeiter ihre erste Stellung, für welche ihre Beschäftigung allein nachgeschaut war, kontraktwidrig verlassen und mehr im Westen sich neue Stellen gesucht haben, hat Anlaß zu der Verfügung gegeben, welche nicht allein die kontraktwidrigen Arbeiter mit sofortiger Ausweisung bedroht, sondern auch den Arbeitgebern, welchen die Arbeiter durchgegangen sind, die Entziehung der Erlaubniß-Ausländer zu beschäftigen in Aussicht stellt, weil sie versäumt haben, durch bestimmte Vorkehrungen, wie z. B. Zurückhaltung eines Theils des verdienten Lohnes als Kaution, das Austrüben der Arbeiter zu verhindern.“

Eine ähnliche Stellung der Regierung zur Frage der Beschäftigung dieser Arbeiter geht aus einer in der „Frankfurter Zeitung“ mitgetheilten Bekanntmachung des Landraths des Saaziger Kreises hervor, die folgenden Wortlaut hat:

In Veranlassung verschiedener, neuerdings an den Herrn Minister des Innern gerichteten Anfragen und Gesuche hat der Herr Minister dahin Verfügung getroffen, daß sich nichts dagegen zu erinnern findet, wenn russische und galizische Arbeiter in den landwirthschaftlichen Betrieben der diesseitigen Provinz vom Frühjahr bis Herbst zur Beschäftigung angenommen werden, so weit ein Bedürfnis hierzu anzuerkennen ist. Die Zulassung dieser ausländischen Arbeiter ist jedoch vorzugsweise nur für einzeln stehende Personen beiderlei Geschlechts zu gestatten, dagegen sind Familien mit Kindern nur ausnahmsweise, wo besondere Verhältnisse dies notwendig machen, zuzulassen. Besonders sind aber dafür Vorkehrungen zu treffen, daß die ausländischen Arbeiter in der eine regelmäßige Arbeit ausschließenden Jahreszeit ihren Aufenthalt im Inland fortsetzen. Die Herren Amts-vorsteher ersuche ich ergeblich, in den Fällen, in welchen in ihren Amtsbezirken russische und galizische Arbeiter beschäftigt worden sind, mir bis zum 15. Oktober d. J. gefälligst anzuzeigen, in welchem Umfange solches geschehen ist und ob die Entfernungen dieser Arbeiter in arbeitsloser Jahreszeit sich ohne Schwierigkeit vollziehen hat.“

Und da sind die Konservativen mit Herrn Herrfurth, dem Zahlen-Demokraten, so unzufrieden. Sie sollten sich beruhigen: ihre Interessen sind bei ihm in den besten Händen.

Mit der Hoffnung, Ruß als Landarbeiter zu verwenden, ist es vorläufig noch nichts, wenigstens in Mecklenburg nicht. Wir hatten zwar vor einiger Zeit berichtet,

daß ein Gutbesitzer in Mecklenburg den Import von chinesischen Kuli-Arbeitern beabsichtige und eine Aufforderung an die gesamten Gutbesitzer gerichtet habe, sich mit ihm zur Ausführung jenes Planes zu vereinigen. Es soll sich darauf eine ganze Reihe von Herren gemeldet haben; indes meldet jetzt der „Mecklenburger“, dem Vernehmen nach habe sich die großherzogliche Regierung sehr energisch gegen dieses Vorhaben ausgesprochen und die Ausweisung der etwa einzuführenden Kulis, sobald diese die mecklenburgische Grenze überschritten haben würden, in Aussicht gestellt. — Den hiederen mecklenburgischen Gutbesitzern bleibt also nichts weiter übrig, als sich vorläufig an die russisch-polnischen Arbeiter zu halten, deren Import Herr Herrfurth in so wohlüberlegter Weise geregelt hat.

Das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz sieht eine Erstattung der Beiträge für diejenigen Personen vor, welche nicht in den Genuss einer Rente treten. Und zwar ist die Frage so geregelt, daß weibliche Personen, welche vor Erlangung einer Rente eine Ehe eingehen, die Hälfte der für sie geleisteten Beiträge, also wenn sie selbst Beiträge entrichtet haben, die letzteren voll zurückerhalten. Bei dem vor Erlangung einer Rente eintretenden Tode versicherter männlicher Personen haben die Wittwen und die ehelichen Kinder unter fünfzehn Jahren, bei dem Tode versicherter weiblicher Personen alle hinterlassenen vaterlosen Kinder unter fünfzehn Jahren, also auch uneheliche, einen Anspruch auf Rückzahlung der Hälfte der für die Verstorbenen geleisteten Beiträge. Nun ist vielfach die Anschauung verbreitet, daß schon jetzt, wo für nahezu ein halbes Beitragsjahr Beiträge zur Invaliditäts- und Altersversicherung gezahlt sind, bei Eintritt der im Gesetze vorgesehenen Ereignisse auch die Ansprüche der berechtigten Personen auf Rückzahlung der Beiträge erhoben werden dürften. Diese Anschauung ist irrig. Das Gesetz hat für alle diese Fälle, sowohl für das Eingehen der Ehe seitens weiblicher versicherter Personen als auch für den Todesfall männlicher und weiblicher Versicherter eine Wartezeit von fünf Jahren vorgeschrieben. Erst wenn die betreffenden Versicherten für mindestens fünf Beitragsjahre, also für $47 \times 5 = 235$ Wochen oder $4\frac{1}{2}$ Jahre und 1 Woche, ihre Beiträge entrichtet haben, dürfen sie oder ihre Angehörigen Anspruch auf Rückzahlung der gezahlten Beiträge erheben. Vorläufig ist es deshalb völlig aussichtslos, mit derartigen Ansprüchen hervorzutreten.

Welche Opfer an Blut und Leben die deutsche Kolonialpolitik erfordert, geht aus einer Mittheilung des „Deutschen Kolonialblattes“ hervor, wonach der Gesamtverlust der Truppe im Gefecht (Tode und Verwundete) 21 Europäer und 151 Farbige beträgt, was bei Zugrundelegung einer Kombattantenstärke von 150 Europäern und 1200 Farbigen für erstere einen Verlust von 14, für letztere von $12\frac{1}{2}$ pCt. bedeutet. Die Verluste der Truppe an Toden überhaupt betragen 20 Europäer und 208 Farbige, was für eine Gesamtstärke von 200 Europäern und 1800 Farbigen (einschließlich der Nichtkombattanten) für erstere 10, für letztere $11\frac{1}{2}$ pCt. ausmacht.

Eine schlimme Nachricht für die Steuerzahler geht uns zu: ein sänreicher Kopf hat ein neues Gewehr mit noch kleinerem Kaliber als das neueste 8 Millimeter Gewehr erfunden. Da das neue Gewehr etliche hundert Meter weiter trägt, als das neueste, so ist das neueste veraltet, und wird zum alten Eisen gemorfen werden müssen, sobald das neue oder allerneueste Gewehr in genügender Anzahl hergestellt ist — oder auch nicht; denn ehe dies der Fall, ist voraussichtlich wieder ein besseres, d. h. mörderischeres Gewehr erfunden. Jede solche Erfindung kostet natürlich viele Millionen — und eine jagt die andere mit unheimlicher Geschwindigkeit. Freilich darin liegt auch der Vortheil, daß kein Staat Zeit hat, seine Armeen mit der neuesten Erfindung zu versehen, ehe eine noch neuere Erfindung gemacht ist, und daß also kein Staat mit seinen Rüstungen fertig wird. Bei den anarchischen Zuständen, die heut zu Tage in der „europäischen Staatenrepublik“ herrschen, ist das die wirksamste, wo nicht die einzige wirksame Würgschaft für die Erhaltung des Weltfriedens. Das klingt wie die bitterste Satire, ist aber noch bitterere Wahrheit.

Herr Crispi hat — dem deutschen Vorbild auch hier doppelgängerisch ähnlich — sich nach seinem Sturz darauf

Bei dem Begräbnisse am Morgen war das Gamsmandl zu ihm gekommen und hatte ihm zugerannt, daß er am Abend in dem Stern sich einfänden, aber Niemand etwas davon sagen möchte. Ihm mit den Augen bedeutungsvoll zuwinkend, war der Kleine wieder in dem Gedränge verschwunden, bevor Ambros ihn hatte fragen können, was er dort solle? Diese geheime Bestellung kam ihm jetzt wieder in den Sinn, und über deren Zweck grübelnd, stieg er auf einer stark abschüssigen Halde in das schmale Wiesenthal hinunter, das von dem Bistthale gegen das Spighörndl hin sich tief in die Berge erstreckte. Auf dem Hinwege hatte er es oberhalb umgangen.

Die kleinen Fenster eines Gehöfts links auf der Höhe glühten wie Feuer in der untergehenden Sonne. Ueber den Wiesengrund, durch den der Spighörndlbach floß, schwebte bereits ein weißlicher Nebel. Der Bach rauschte leise und im Grase zupften die Heuschrecken. St. Vigil lag in dem letzten verblässenden Dämmerlichte des Tages und die Kinderstimmen, welche die Stille des Abends so frisch und melodisch zu unterbrechen pflegen, waren bereits verstummt, als Ambros über den Dorfanger nach der Brücke schritt. Der Vigilbach allein sang seine ewige Melodie, in die Feder hineinlegte, was ihn bewegt, der Eine Heiteres, der Andere Trauriges; sie paßt zu allen Stimmungen.

Das Gamsmandl wartete schon auf Ambros. Es saß an einem Tisch allein und im Dunkeln. Ein einziges Licht brannte auf dem langen Haupttische, an dem sich fünf Männer, unter ihnen der Sternwirth, gegenüber sahen.

„Jetzt, warum hast Du mich herbestellt?“ Mit diesen Worten nahm Ambros neben dem Gamsmandl Platz.

„Red' nicht so laut,“ flüsterte Sampogna, indem er seine kurze Pfeife für einen Augenblick aus dem Munde that. „Es giebt einen Spah.“

„Zum Spahen bin ich jaust nicht aufgelegt,“ entgegnete Ambros unwirsch. „Ich bin müde und hungrig.“

„Wirst schon aufgelegt sein,“ meinte das Gamsmandl zuversichtlich.

Muschleitner kam an den Tisch. Ambros bestellte sich

eine Wurst, Brot und Wein, und während der Wirth den Auftrag ausführte, musterte er flüchtig die anderen Gäste. Sie bestanden aus dem Förder, dem Bäcker, dem Einhofbauer vom Föchl und einem Fremden, den das Gamsmandl als den Steinbauer aus Pfeifen bezeichnete. Es waren alles edige, knorrige Gesichter und wenn die des Bäckers und Förbers eine entwickeltere Intelligenz als die der beiden Andern zeigten, so lag in den Augen des Einhof- und Steinbauers ein disterer Troß. Sie sprachen kein Wort mit einander, seitdem Muschleitner aufgestanden war, und wenn sie nicht dann und wann ein Rauchwölchen aus ihren Pfeifen gezogen hätten, würde man sie für Wachsfiguren haben halten können, so unbeweglich saßen sie da. Als der Wirth sich wieder zu ihnen setzte, bengten Alle die Köpfe zu ihm hin. Er sprach leise mit ihnen.

„Eine wunderliche Gesellschaft,“ murmelte Ambros und machte sich über die Speisen her. „Was haben sie mir miteinander vor? Den Bäcker hab' ich noch nie hier zu Gast gesehen. — Jetzt red', was giebt's.“

„Einen Spah,“ wiederholte das Gamsmandl trocken. „Ist denweilen ruhig fort und mach' kein Aufhebens. Der Spah gilt dem Bayer und Franzos.“

Ambros richtete lebhaft den Kopf auf.

„Wenn Du mich zum Narren halten willst,“ begann er. Der kleine Gerber ließ ihn jedoch nicht antworten.

„Hör' nur und sag' nichts,“ flüsterte er. „Im Herrenstahl sitzen noch der Sergeant und der Steueremeinnehmer beim Spiel; die brauchen uns jaust nicht zu hören. Ist ruhig weiter!“ Er legte seine Pfeife auf den Tisch und fuhr, näher zu Ambros rüdend, im leisen Tone fort: „Ja, der Spah ist auf den Bayer gemünzt. Wir werden wohl unsern Spah mit ihm ausmachen können. Ich hab' einen Vogel davon pfeifen hören. — Aber ich red' kein Wort weiter, wenn Du nicht still bleibst,“ unterbrach er sich. „Was, bist ein Jäger und kannst nicht ruhig bleiben, mußst der Gams in die Witterung kommen!“

„Schon gut,“ zwang sich Ambros zur Ruhe. „Was war das für ein Vogel, den Du hast pfeifen hören?“

„Reulich in der Nacht, wo der Herr Pfarrer ist gestorben, da gab er Hals,“ nahm das Gamsmandl wieder

das Wort. „Du warst schon heimgegangen. Es gab einen Mordlärm, von wegen daß die Todtenglocke nicht geläutet werden sollte. Wär's noch mir gegangen, hätten wir das Pförtle unten im Thurm aufgedröhen, wo die Glockenstränge herunterhängen; aber der Muschleitner hat mich abgehalten davon. Daß die Todtenglock' jetzt nur still sein, hat er zu mir gesagt; sie wird nachher um so heller klingen, wann Tyrol aufersteht. Und dann sind wir zusammen fortgegangen, hierher, und haben hier beisammengesessen, mutterseelenallein, bis tief in die Nacht hinein. Kurios ist's, hab' den Muschleitner immer nur angeschaut, weil er den Schall im Nacken hat, und hab' gemeint, der mißt' jetzt gleich zum Vorschein kommen. Aber das war gefehlt; er läßt's Leben für unsern Kaiser fraun. Du weißt, er hat auch mal vor ihm gesungen in der Hofburg zu Wien.“

„Aber von dem was ihr geschwähet habt, davon läßt Du kein Wortlein aus,“ brumnte Ambros mit vollem Munde.

Das Gamsmandl trank erst einen Schluck aus seinem Glase und strich sich den Zwiwidelbart, bevor er mit einem humoristischen Augenzwinkern fortfuhr: „Der Muschleitner behält doch Recht. Ich soll' Dir noch nichts sagen, hat er gemeint. Auf Dich zählen könnten wir ja doch so wie so, und Du wärst zu hitzig, dieweilen die Sach' doch wohl noch eine Weile verziehen müßte. Ich hab' aber gemeint, daß ich mit Dir reden wollte, damit daß Du Deine Gedanken auf was zu richten hast. Denn schau,“ fuhr er noch leiser als zuvor fort und legte seine magere Hand, an der die Sehnen hoch hervortraten, so daß sie einem Hahnenfuß glich, beschwichtigend auf Ambros Arm. „Du kannst Dich nicht hineinfinden, daß der Klosterbauer Dir den Stuhl vor die Thür gesetzt hat, und läßt alles gehen wie es gehen mag. Also hab' ich gemeint, daß Du auf andere Gedanken gebracht werden müßt.“

Ambros wollte aufbrausen, aber es lag etwas so Ungewohntes in dem sonst so festen Blick Sampogna's, daß er beschämt den Kopf senkte.

„Gut also,“ fuhr Sampogna nach einer Sekunde fort und zog seine Hand mit einem leichten Druck zurück.

berlegt, in der Presse eigenfingrige Madam-Reflexe zu machen, und der Wit- und Nachwelt zu zeigen, was für einen großen Mann das undankbare Volk zur Unthätigkeit verurteilt hat. Und da er dabei das Eigenlob ebenso wenig spart wie den Schmutz, mit dem er die Gegner besudelt, so passiert es auch ihm, gleich dem Doppelgänger in Friedrichsruhe, daß er dem alten Jesuitensatz: si fecisti nega — wenn Du es gethan hast, so leugne ab — entsprechend die Waterschaft abschwört. Das hat er in diesen Tagen gegenüber einem Artikel der Londoner „Contemporary Review“ gethan — eines Blattes, das sich seine Leute sehr genau ansieht und den angeblich falschen Crispi sicher sehr genau kennt. Außer dem Kollegen Wis- mark hat Herr Crispi offenbar noch einen zweiten Doppelgänger: sich selbst. —

Das „Todtlügen“ ist die bequemste Manier, sich einen Gegner vom Hals zu schaffen. So denken unsere Feinde und — lägen uns jeden Tag ein paar Tausendmal tod. Jetzt ist z. B. in ihren sämtlichen Zeitungen zu lesen, daß die „Partei“ in Berlin allen Boden verloren haben, daß sie sich in keine Versammlung mehr trauen — kurz, daß sie — politisch tot sind. Und da es praktisch ist, wenn man an der Arbeit ist, reine und vollständige Arbeit zu machen, so wird gleich die belgische Sozialdemokratie mit todgelogen. Alle Führer sind Epigonen und Lumpen. Anseele, Volders, Schwelgen von „Arbeitergroßen“ und brennen gelegentlich damit durch — wie im Juli des Jahres 1889, wo Anseele, während er dem Internationalen Kongreß präsierte, die Nachricht erhielt, daß er mit einigen hunderttausend Französischen „Arbeitergroßen“ durchgebrannt sei. Als ob unsere Feinde so viel „Arbeitergroßen“ übrig ließen!

Das „Todtlügen“ ist nicht bloß ein sehr bequemes, es ist auch sehr wirksames Kampfmittel. Einer wird schließlich immer dabei tot — nur nicht der Todt-gelegene, sondern der Todtlügner. —

Korrespondenzen und Parteinachrichten.

Halle, den 3. Juni. Ueber die „Blutarbeit in Gisleben“ bringt das „Vollblat“ folgenden authentischen Bericht, der sich besonders gegen die von gegnerischen Blättern kolportierte Fabel wendet, als sei „die Sozialdemokratie das Karmel gewesen, welches angefangen habe“:

Unsere dortigen Freunde hatten zum Sonntag Nachmittag eine öffentliche Versammlung veranstaltet, zu welcher durch Bekanntmachung Bergarbeiter ausgeschlossen waren, auf Grund früherer Reibereien und speziell wegen der Versammlung am 3. Mai, wo es ebenfalls nur Bergleute waren, welche unseren Genossen Sattlermeister Franke am hellen Tage so geschlagen haben, daß derselbe, um nicht todgeprägt zu werden, in ein Haus flüchten mußte. Deshalb wird Niemand die Vorschriften unserer dortigen Genossen wegen Ausschluß der Bergleute übernehmen. Trotz dieser Vorsichtsmaßregeln stellten sich bereits eine Stunde vor der Versammlung mehrere hundert Bergleute ein, welche sich vorher in den Lokalen von Wachs- und Zobel versammelt hatten und verlangten stürmisch Einlaß. Unsere Genossen, welche erst ca. 30 Mann versammelt waren, verwehrten ihnen den Einlaß. Die Bergleute ließen sich jedoch nicht zurückdrängen, sondern kamen stürmisch, von mehreren Seiten angefeuert, wieder zurück, rissen den einen Flügel der Saalthür heraus, so daß das Oberlichtfenster gleich mit herunterfiel, drangen nun mit ihren geistigen Waffen zur Vernichtung der Sozialdemokratie im Saal vor und schlugen mit einem Fanatismus auf unsere Genossen, sowie auf alles das, was nicht mit- und angefeuert war, los. Unsere Genossen wurden erst im Saal geprügelt, dann hinausgeschleudert in den heulenden Regen und hier ging das Spektakel aus von neuem los. Viele Verwundungen sind vorgekommen, mehrere Genossen und ruhige Bürger, welche nicht einmal Sozialdemokraten sind, sondern nur als Gäste mit beizubringen wollten, liegen noch an den Verletzungen nieder. Während der Schlächt, welche schon eine ziemliche Zeit gedauert, griff Sattlermeister Franke (der die Erlaubnis zum Tragen von Waffen aus Anlaß des Ueberfalles vom 3. Mai hatte), von allen Seiten angefallen und geschlagen, erst in der äußersten Nothwehr zum Revolver und versetzte da zwei der Hauptverursacher. Wir bedauern das ebenfalls, daß es vorgekommen, aber wer am hellen Tage erleben muß, daß er auf offener Straße angefallen wird, von dem kann man es begreifen, wenn er nur bewaffnet ausgeht. Franke selbst wurde mit verhaftet und wir

So unzufrieden wie wir hier, sind die Leute aller Orten in ganz Tyrol mit der bayerischen Wirthschaft und darum, hat mir der Wutscheitner vertraut, hat sich ein Bündschuß aufgethan wie dazumalen, als der arme Mann auch so hart ist gedrückt worden wie jetzt von den Edelknechten, Schreibern und Pfaffen. Ich hab' davon erzählen hören, als ich noch auf der Wanderschaft gewesen bin. So ein Bündschuß geht jetzt auch wieder durch die ganze Bauernschaft von Tyrol und hat sein heimlich Wesen allerwärts. Der Wutscheitner weiß darum und wenn's Zeit ist, wird zur selbigen Stunde im ganzen Land der rothe Adler aufgeworfen. Dann mögen die Blauen und der Franzos zuschauen, wie sie mit heißen Knochen aus unsern Bergen herauskommen. Das wird ein Jagen werden! In der Johannisnacht gleich ich freiliegen dazu. Jetzt, was sagst Du zu dem Späßchen?

„Und das ist gewisslich wahr?“ fragte Ambros in der größten Spannung.

„Freilich,“ bestätigte das Gamsmännl. „Die dort am andern Tisch reden auch davon.“

„Herr Gott!“ rief Ambros mit wogender Brust und blinkenden Augen. „Und wann — wann geht's los?“

„St.“ machte Sampogna. „Im Herrenstühl haben sie aufgehört zu spielen.“ Er griff nach seiner Pfeife und setzte sie in Brand, während Ambros in seiner Aufregung den Hut auf seinem Kopfe hin und her schob.

In dem Herrenstühl wurden Stühle gerückt und Wutscheitner ging auf den Platz. Gleich darauf hörte man ihn den beiden Gästen gute Nacht wünschen. Dann ging er in das Herrenstühl, ließ die Mädchen, welche die gebrauchten Gläser und Flaschen wegstieg, zu Bette gehen, löschte die über dem Tische hängende Oellampe aus und kam wieder in die Scheuküche, die Verbindungstür offen lassend.

„De, Wirtz“, rief ihn Ambros an, der seine Aufregung nicht mehr zu beherrschen wußte, „jetzt zahl' ich eine Flasche, aber Du mußt sie ankneifen, denn Geld hab' ich keins mehr. Der Bayer soll hin sein; darauf sollt Ihr Alle mit mir trinken!“

(Fortsetzung folgt.)

sind diejenigen, welche eine strenge Untersuchung verlangen, aber nicht allein gegen unsere Genossen, sondern vor allem gegen diejenigen, welche den großen Schaden dazu angeleitet, welche selbst als Vorgesetzte der Bergleute mit Todtschläger in der Hand die Schlacht mitgemacht haben. Nach allen Berichten, welche wir erfahren, nicht allein von unseren Genossen, nein, auch von ruhigen Bürgern in Gisleben, sind die Bergleute dazu förmlich gezwungen worden; denn die weit größere Zahl ist von den umliegenden Dörfern extra erst herbeimarschirt. Die Parole soll bereits Sonnabend Abend ausgegeben sein, und wenn die Untersuchung beweist, daß Steiger, Förderungsaufsicher und Vorsteher von Berg- und Hüttenvereinen die Leute direkt aufgefordert, morgen nach dem „Preussischen Hof“ zu gehen und tüchtige Leute mitzunehmen, welche dort Putzschaffen machen sollten, dann verlangen wir eine strenge Bestrafung. Die Untersuchung wird auch zu erforschen haben, ob Sicherheitsbeamte Genossen an den Hals gegriffen, in die Menge gestossen haben und dabei die Worte gefallen sind: „Den könnt ihr todtschlagen, das ist ein Käcksführer!“ Im ganzen also ist der Vorfall nur den Leuten aus Konto zu setzen, welche eher dazu beitragen sollten, die Arbeiter zu belehren; aber man will uns nicht geistig bekämpfen, nein, man will uns vernichten, niederschlagen. Das beweisen die Massen, welche die Bergleute gehabt, als sie auf unsere Genossen einbrangen; da sind Eisenstangen von 2-3 Fuß Länge, Knüttel von 2-3 Zoll Dide. Und was hat die Brutalität genügt? Hat man uns in Gisleben vernichtet? Nein, im Gegentheil, man hat hier wiederum für uns gearbeitet; denn die Stimmung jedes anständigen Menschen ohne Unterschied der Partei, welche wir gesprochen, sind entrüstet und bringen uns nur Sympathie entgegen, und der „Gislebener Zeitung“, welche in einem längeren Bericht zum Schluß sagt: „Für die Sozialdemokratie ist kein Boden in Gisleben“, werden wir beweisen, daß unsere Ideen auch in Gisleben Boden gewinnen, trotz alledem und alledem!“

Dem „Vollblat“ in Zeit entnehmen wir noch folgende Schilderungen:

Gisleben, 2. Juni. Was uns soeben berichtet wird, bestätigt sich glücklicher Weise die Nachricht, daß zwei Mann tod sind, nicht, jedoch liegen mehrere Personen hoffnungslos darnieder. Außer zwei Personen, d. h. dem Bergmann Friedrich Lieban und Förderungsaufsicher Wunderlich (beide Hauptverursacher) ist von den Knüttelhelden Niemand verletzt. Der Sattler Franke wurde auf sein Verlangen dem Untersuchungsrichter zugeführt. Derselbe hatte, wie schon mitgetheilt, geschossen in dem Augenblicke, als die wüthende Masse unter Führung der beiden (obgenannten) Verletzten trotz wiederholten Ersuchens, ihn, dem Franke, vom Dache zu bleiben, wiederum auf ihn einbrang und er mit einem Bierseidel am Kopfe verletzt wurde, so daß er rückwärts niederfiel. Lieban ist durch die Wunde gestorben und wurde ihm die Nagel am Unterkiefer herausgeholt. Wunderlich ist an der Seite schwer verletzt. Die Zahl der Verletzten unter den Ueberfallenen stellt sich bedeutend höher, als wir zuerst annahmen, jedoch ist eine genaue Uebersicht bis jetzt nicht zu gewinnen. Der Vorsitzende des reichthreuen Berg- und Hüttenvereins, Schmilgen, soll am Sonnabend seine Mitarbeiter in der Grube aufgefordert haben, die Versammlung zu besuchen d. h. sich recht zahlreich einzufinden, worauf ihm geantwortet wurde: „Wir haben ja keinen Zutritt.“ Hierauf soll Schmilgen erwidert haben: „Ich habe mit dem Bürgermeister und dem Vergrath gesprochen und die Anweisung erhalten, wir sollen nur geschlossen vorgehen.“ Wir hoffen im Interesse der obgenannten Beamten, daß diese Nachricht sich nicht bewahrheiten möge, sollte es aber dennoch der Fall sein, dann allerdings hätten wir in denselben die eigentlichen Anstifter, und dann wäre auch das Benehmen der Polizei erklärlich. Ein Produktenhändler Namens Bischof liegt so schwer darnieder, daß er, während wir diese Zeilen schreiben, schwerlich noch am Leben sein dürfte. Ebenso geht es einem zufällig durchreisenden, zur Versammlung erschienenen Schneidergesellen; derselbe dürfte ebenfalls seinen Verletzungen erliegen. Ein in den sechziger Jahren lebender Mann Namens Friedrich Maack, welcher ebenfalls durch Zufall dort zur Versammlung erschien (derselbe ist seit Jahren kranklich), wurde auf der Straße in dem Moment, als er eine Pfeife nehmen wollte, mehrere Male in solcher Weise über den Kopf geschlagen, daß derselbe durchsichtig geworden ist. Der Mühlendesther Poland und ein gewisser Frieland sind, nachdem der Saal geräumt und die Blutarbeit beendet war, im Saale erschienen und mit den Worten: „Nun wollen wir nach geliebter Arbeit eins trinken!“ Bier bestellt. Der Steiger Knautsch aus Himmelsburg hat den Bergmann Michels aufgefordert, mit mehreren handfesten Kerls zu erscheinen. Bei dem Krampall sind, so weit bis jetzt von uns ermittelt, fünf Steiger anwesend gewesen, darunter der Steiger Müller, und haben mehrere derselben, welche hinter der Masse standen, dieselbe zum Schlagen angeleitet. Die Zusammenrottung der Knüttelhelden hatte in den Lokalen von Wachs- und Zobel stattgefunden, wo es Freibier gegeben hatte. Von hier aus marschirte man geschloßen zur Versammlung. Ueber die Bezahlung gehen mehrere Gerüchte um, nach einem hat jeder 4 bis 5 Mark daar erhalten, während andere behaupten, es wäre ihnen gefagt worden, sie sollen dorthin gehen, sie erhielten dafür eine Schicht bezahl! — Es ist Pflicht aller anständigen Bürger von Gisleben, das Mögliche beizutragen, um Licht in die dunkle Angelegenheit zu bringen. Der Polizeiergeant Köhler warf den Reklamer mit den Worten: „Schlagt den Hund tod!“ unter das wüthende Gesindel.

Zu einer nationalliberalen Korrespondenz aus Gisleben (im „Reiziger Tageblatt“) wird übrigens das Geheimniß des Knüttelstaatskreises verathen: „Vermuthlich werden jetzt keine sozialdemokratischen Versammlungen mehr geduldet.“ Das ist deutlich. Also darum! Diese Knüttelstatistik ist beiläufig bei den Nationalliberalen von jeher im Schwang. Im Uebrigen wollen wir das Ergebnis der gerichtlichen Untersuchung ab. —

Stendal, 27. Mai. Zur Zeit der vorjährigen Wahlbewegung wurde in dem Wahlkreis Stendal-Osterburg ein Wahlflugblatt verbreitet, welches für die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten des Kreises, des Himmerers Adolf Schulze, agitirte.

Der Inhalt dieses Flugblattes gab der Igl. Staatsanwaltschaft in Magdeburg Veranlassung, gegen Verbreiter und Verleger Strafantrag zu stellen.

Im heutigen Haupt-Verhandlungstermine vor der Strafkammer des Igl. Landgerichts kam diese Sache zum Austrag. Angeklagt war der Tischler Georg Zimmer als Verleger des Flugblattes. In der Anklageschrift der Staatsanwaltschaft heißt es:

„Auf der zweiten Seite (des Flugblattes, d. Red.) in der 18. und 14. Zeile ist darin gesagt: 'Nehmen sie (d. h. die Arbeiter) sich an, um ihre Lage zu verbessern, dann werden sie von der Gewalt bedroht, von der Macht niedergedrückt, von der Polizei behindert, verfolgt, angeklagt, eingesperrt.'“

Es wird also behauptet, die gegen Anhänger der sozialdemokratischen Partei vorgekommenen Verfolgungen und Verurtheilungen seien geschehen, weil die Verfolgten und Verurtheilten das berechtigete Streben verfolgt hätten, die Lage der Arbeiter zu verbessern und es wird verschwiegen, daß dieselben sich strafbarer Handlungen schuldig gemacht haben. Der Wahlauftrag enthält somit die Behauptung erdichteter und entstellter Thatfachen und es liegt auf der Hand, daß diese Behauptung nur deshalb aufgestellt und öffentlich verbreitet ist, um dadurch die erwähnten Anordnungen der Obrigkeit verächtlich zu machen. Der Staatsanwalt führt in seinem Plaidoyer aus:

Die Anklage enthalten Thatfachen, welche entstellend und erdichtet sind und lediglich nur den Zweck haben, die Obrigkeit in den Augen der Arbeiter verächtlich zu machen.

Würde es in dem Flugblatt geheißen haben: „Die, welche gegen die gesetzlichen Anordnungen verstoßen, werden verfolgt, verurtheilt und eingesperrt, so würden dies unrichtige Thatfachen nicht gewesen sein. Mit dem Flugblatt aber, wie es vorliegt, wollte man auf die Massen einwirken. Es sollte mit denselben der Unfriede und Zwietracht, welches zu verbreiten ja Prinzipip bei den Sozialdemokraten ist, unter den Arbeiter gesetzt und verbreitet werden. Nach der ganzen Thätigkeit des Angeklagten in Stendal muß man annehmen, daß er den Inhalt wohl gekannt und wohl gewußt habe, daß das Flugblatt eine strafbare Handlung enthalten habe. Er beantrage deshalb eine Gefängnisstrafe von 6 Wochen und Verurteilung der noch vorhandenen Exemplare des Flugblattes.“

Genosse Demmer machte demgegenüber in seiner Verteidigung geltend, daß das quesi. Flugblatt in sozialistengesetzlicher Zeit erschienen und 8 Wochen vor Erscheinen im Osterburg-Stendaler Wahlkreis bereits im Kreis Neuhaldensleben-Wolmirstedt verbreitet sei. Aus der Thatfache, daß man jenes Flugblatt nicht sofort verbot, wie das größtentheils mit allen Flugblättern strafbaren Inhalts in sozialistengesetzlicher Zeit geschehen sei, habe er den Schluß gezogen, daß der Inhalt des quesi. Flugblattes wohl kein strafbarer sein könne, und erwarte er aus diesem Grunde seine Freisprechung.

Nach ziemlich 1/2stündiger Beratung erkannte der Gerichtshof auf 4 Wochen Gefängnis und Vernichtung der noch vorhandenen Exemplare des Flugblattes. In der Begründung heißt es, daß die angeführten Worte des Flugblattes unbedingt eine Verächtlichmachung bestehender Einrichtungen enthalte; der Angeklagte Demmer mußte, da er gefesekundig sei, wissen, daß eine strafbare Handlung vorliege.

Magdeburg, den 3. Juni. Am 14. April wurde eine Versammlung des sozialdemokratischen Arbeitervereins Neustadt, weil der Vorsitzende dem Willen der Versammlung entsprechend um 12 Uhr Nachts die Verhandlungen nicht schloß, von dem überwachenden Polizeikommissar aufgelöst. Die hierauf eingetragene Beschwerde beim Polizeipräsidenten hatte keinen Erfolg. Nimmere ist auch der Regierungspräsident der Ansicht der Polizeibehörde beigetreten, indem er dem Beschwerdeführer nachstehenden Bescheid abgehen ließ:

Magdeburg, den 23. Mai 1891.

Auf die Beschwerde vom 28. v. M. erwidere ich Ihnen, daß ich den Ausführungen des Herrn Polizeipräsidenten in dem wiederangeschlossenen Bescheid vom 22. v. M. beitrete, da die fragliche Versammlung am 13. v. M. für den folgenden Abend 5 1/2 Uhr angemeldet war.

Diese Versammlung mußte mit Ablauf des 14. April d. J. ihr Ende finden, und da der Vorsitzende den Schluß derselben mit Ablauf dieses Tages ablehnte, so war der überwachende Polizeibeamte nach § 5 der Verordnung vom 11. März 1890, betreffend die Verhütung eines die öffentliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauchs des Versammlungs- und Vereinigungsrechtes, ebenso befugt als verpflichtet, die Versammlung aufzulösen.

Der Regierungspräsident,
v. Baudeßin.

Die sofort beim Ministerium vorgebrachte Beschwerde wird ja nun bald ergehen, ob die angerufenen Behörden im Recht und die Magdeburger einer anderen Gesetzgebung unterstellt sind, wie die Bewohner anderer Städte.

Zangenweddingen. Gestern waren hier eine Anzahl Arbeiter aus dem benachbarten Gr. Osterleben, um für die in Magdeburg erscheinende Zeitung „Landpost“, welche sie gratis verbreiteten, Propaganda zu machen und Abonnenten zu sammeln. Obwohl nun jeder dieser Leute einen Berechtigungsschein zum Vertrieb der Zeitungen, ausgefertigt vom Verlag der „Vollstimme“, bei sich führte, verstieg sich der hiesige Amtsvorsteher zur Beschlagnahme von Zeitungen und behandelte einen der Verbreiter deartig, daß sich mit unserem Amtsvorsteher wohl nächstens der Staatsanwalt zu beschäftigen haben wird. Hoffentlich bringt der Betroffene die ihm wiederfahrenen Dinge der Behörde sofort zur Kenntniß.

Städtikum. Ein Versammlungsverbot unterm neuen Kurs. An Herrn Alfred Hartmann in Städtikum.

Auf Ihre Eingabe vom 19. d. M. erwidere ich Ihnen, daß ich Genehmigung zur Abhaltung der für den 31. d. M. geplanten Volksversammlung mit Besprechung des Programms der Sozialdemokratie nicht erteile, solche vielmehr untersage. Da nach § 8 der Verordnung vom 23. Mai 1890 alle Arbeitervereine und Verbände, welche politische, sozialistische oder kommunistische Zwecke verfolgen, verboten sind, so nach auch Versammlungen, welche gleiche Zwecke verfolgen, beyo zur Errichtung solcher Vereine dienen sollen oder können, nicht zu dulden sind.

Mudolstadt, den 23. Mai 1891.

Der Kärliche Landrath.

Städtikum liegt in Schwarzburg-Mudolstadt. Die angeordnete Verordnung ist zur Ausführung eines Beschlusses des seligen deutschen Bundestags über die das Vereinswesen regelnden Grundsatze vor 35 Jahren ergangen. § 8 und 9 dieser Verordnung lauten: „§ 8. Arbeitervereine und Verbände, welche politische, sozialistische oder kommunistische Zwecke verfolgen, werden andurch als ordnungswidrig verboten.“ „§ 9. Die Theilnahme an Vereinen, welche nach den §§ 4 und 8 als ordnungswidrig verboten worden sind, unterliegt der Beurtheilung und Bestrafung nach Maßgabe des Straf-Gesetzbuches vom 25. März 1850, insbesondere auch des Art. 85 desselben.“ Es ergibt sich aus § 8, daß in Schwarzburg-Mudolstadt weder sozialdemokratische, noch deutschfreisinnige, noch nationalliberale, noch konservative, noch kirchliche Arbeitervereine und Verbände (Verbänderungen) bestehen dürfen. Es ist nicht einmal möglich, daß dieselben auf Grund gesetzlicher Vorschriften und mit ausdrücklicher Genehmigung des Ministeriums oder des Landraths errichtet werden, denn sie sind als ordnungswidrig überhaupt verboten. Im vorliegenden Falle handelt es sich aber gar nicht um einen Verein oder eine Verbänderung (Wandererschaft), sondern um eine öffentliche Versammlung, in welcher Genosse Schulze aus Grunst über das Programm der Sozialdemokratie sprechen sollte. Die Versammlung war weder von einem Verein einberufen, noch sollte ein solcher gegründet, noch auch irgend welche gegenwärtige oder künftige korporative Thätigkeit durch die Versammlung bezweckt werden. Man geht nicht schlechthin in eine Versammlung, um an irgend etwas korporativ thätig zu sein. Die zufällige Menschenmenge ist kein Verein und keine Verbänderung (Wandererschaft).

Geopolisbhall, 2. Juni. Am 1. Juni wurde Genosse Mürtens von hier von der zweiten Strafkammer des königlichen Landgerichts zu Magdeburg wegen Vergehens gegen § 181 (Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen) zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt. Der Staatsanwalt hatte 6 Monate Gefängnis beantragt.

Hirt. Bei der Wahl der Beisitzer zum Gewerbegericht in Hirt sind in der Klasse der Arbeiter die sozialdemokratischen Kandidaten gewählt worden.

Briefkasten der Redaktion.

H. J. Der Betreffende ist versicherungspflichtig.
J. A. 200. Sie dürfen die Ihren Schlußreden einbehalten. Sachen eigenmächtig nicht verkaufen, sondern können nur gegen die Schloßleute auf Zahlung klagen, (am billigsten durch Zahlungsbefehl) und dann die Sachen durch einen Gerichtsvollzieher verkaufen lassen.

Theater.

Donnerstag, den 4. Juni.
Opernhaus. Hiarne.
Schauspielhaus. Die Kronprinzen.
Berliner Theater. Der Hüttenbesitzer.
Denisches Theater. Der Weg zum Herzen.
Friedrich-Wilhelmsstadt Theater. Nanon.
Wallner-Theater. Der verlorene Sohn. Vorher: Das Modell.
Sallekianze-Theater. Tricocye und Cocolet.
Ostend-Theater. Berlin unter Wasser.
Saison-Theater. Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Concordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Stabliement Buggenhagen

am Moritzplatz.
 Täglich:
Unterhaltungs-Musik.
 Direktion A. Ködman.
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.
 Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
 Spezial-Ausgang von Bahnhofs-Export-Bier, Seidel 15 Pf.
 641 F. Müller.

Passage-Panopticum.

Unter den Linden 22/23.
Knabe mit 2 Köpfen.
Indier mit 4 Armen, 4 Beinen.
Bartdame.
Vitreo
 ist Coacs, Glas, alte Stiefel etc. etc.
 Spezialitäten-Theater v. 6-10 Uhr.
 Geöffnet von Morgens 10 Uhr.

Castan's Panopticum.

Setzt: Friedrichstr. 165.
Neu:
Lappländer
 aus den nordischen Schneebirgen.
 Ohne Extra-Entree!
 Geöffnet v. 9 Uhr früh bis 10 Uhr Abends.
 Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.

Noabiter Gesellschaftshaus

Alt Noabit 80-81.
 Artistische Leitung Wilhelm Fröbel.
 Täglich Gr. Konzert.
Spezialitäten-Vorstellung.
 Großer Erfolg des neu engagierten sensationellen **Künstler-Personals.**
 Kolossaler Jubel der urkomischen Pantomime **Die lustigen Schneider.**
 Anfang Sonntags 4 Uhr. Wochentags 5 Uhr. Entree 30 Pf. Referentier Platz 50 Pf. — Kaffeeliche ist geöffnet.
 Volksbelustigungen aller Art.
 Sonntag, Montag, Mittwoch **Grosser Ball.**
 Helmuth Peters.

Rheinländischer Tunnel.

Concert-Salon u. Restaurant.
 Berlin N., Elsassstrasse 73, gegenüber der Bergstraße.
 Der Gambirina-Salon und das Photographische Atelier sind neu eingerichtet.
Jeder Gast,
 auch wenn derselbe für nur 10 Pf. verzehrt,
wird gratis photographirt!
 Höchste Scherzhaft. Großer Jubel!
 Vorzügliches Lagerbier, a Seidel 10 Pf.
H. Schultze (mit'n S).

Evora-Bräu!

Flüth. Göt Bayrisch-Bier. Nürnberg.
 30 Flaschen 3 M.
 In Gebinden von 17 Liter an.
 8211. Berlin, Lagerhof 3.

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren.

eigener Or. Lager, bill. Preise.
Fabrik. Emil Heyn,
 Brunnenstraße 28, Hof parterre.
 Theilzahlung nach Uebereinkunft.

Achtung, Maurer!

Da ich nicht mehr Personen in Leidenschaft ziehen will, ersuche ich diejenigen Kollegen, welche mir als Zeuge zusehen wollen, um ihre Adresse.
Otto Ehlers,
 Rüdersdorferstraße 15.

Freie Volksbühne.

Für die 1. Abtheilung (rothe Garten) findet am Sonntag, den 7. Juni, Nachmittags 2 1/2 Uhr, im Ostend-Theater die 9. Vorstellung statt. Aufgeführt wird:

„Rein Süßung.“

Ein Volksschauspiel in 3 Akten nach der gleichnamigen Dichtung Fritz Reuter's. Für die Bühne bearbeitet von Jahnke & Schirmer.
 Dieselbe Vorstellung findet am 14. Juni für die 3. Abtheilung (graue Garten) statt, zu der noch einige Mitglieder in den bekannten Zahlstellen aufgenommen werden.
 Alle Stelle des Herrn Schirmer wird Herr Paris die Rolle des Johann Schütt spielen, und Herr Jahnke den Pastor, an Stelle des Herrn Schwan.
 Außerdem wird Herr Cord Bachmann, unser vortrefflicher Regisseur, in dieser Saison zum ersten Male als Schauspieler mitwirken und zwar in der Rolle des Daniel Sastelmann. 1164b Der Vorstand.

Neue Welt, Hasenhaide 36.

Montag, den 22. Juni 1891:

Großes Sommer-Fest

des Jahvereins sämtl. in der Musik-Instrumenten-Industrie beschäftigten Arbeiter.
Konzert und Sommernachts-Ball
 im neu erbauten Bal champêtre. Austr. des gesammten Künstlerpersonals.
Großes Moufite-Feuerwerk.

Jedes Kind erhält am Eingang der Neuen Welt eine Stocklaterne gratis. Der Fackelzug beginnt bei Anbruch der Dunkelheit. 3 Kinder-Vorstellungen finden statt. Das Konzert beginnt um 4 Uhr. Programm an der Kasse gratis. Die Kaffeeliche ist den geehrten Damen von 2 Uhr an geöffnet. Entree 30 Pf. Herren, welche am Tanz theilnehmen, zahlen 50 Pf. extra.
 Freunde und Gönner ladet hierzu freundlichst ein **Das Komitee.**
 Billets im Vorverkauf sind zu haben bei den Kollegen Wbs, Marktstraße 27, Portal 11 3 Tr.; Niendorf, Stalinerstr. 18, 3 Tr.; Heinrich, Wienerstraße 45, 3 Tr.; Seeliger, Wasserthorstr. 18, 1 Tr.; Knabe, Kaufherstr. 48, 2 Tr.; Martin, Sitticherstr. 66, 2 Tr.; Meyer, Andreasstr. 12; Wandsstraße 84 im Restaurant bei Grote; Otto Klein, Kottbusser Damm 14. 1875/3

Gauverein Berliner Bildhauer.

Da die Generalversammlung des Unterstützungsvereins die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung angenommen hat, so hat laut Statut eine **Urabstimmung sämtlicher Mitglieder** stattzufinden. Zu diesem Zweck sind gedruckte Stimmzettel im Vereinslokal, bei der Stellenvermittlung und beim Kollegen Stöher, Kaufher Platz 17 III, zu haben. Die Stimmzettel müssen genau mit Namen und Mitgliedsbuchnummer, ebenso mit dem Namen der Stadt versehen, bis zum 17. Juli an den Vorsitzenden Meyer, Strelitzerstraße 28, zurückgegeben werden. Von ein und demselben Mitgliede doppelt ausgeschriebene Zettel sind ungültig. 1879/4

Zimmerleute.

Sonntag, den 7. Juni, Vormittags 10 Uhr, bei Joël (früher Keller), Andreasstraße 21:

Große öffentliche Versammlung

sämtl. Zimmerleute Berlins u. Umg.
Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Herrn Wilh. Werner über: „Welches sind die Ursachen des rapiden Sinkens des Stundenlohnes?“ Diskussion. 2. Die freie Arbeitsvermittlung und ihr Nutzen. Diskussion.
 Hierzu sind auch sämtliche Poliere eingeladen. Zimmerleute! Erscheint alle in dieser Versammlung. Nur durch das Eintreten eines jeden kann die Sache zur Durchführung gelangen.
 351/12 Der Einberufer: A. Gruse, Höchststraße 18.

Achtung!

Den Vorständen der politischen Vereine, Gewerk-schaften etc. theile ich hierdurch mit, daß am Dienstag-den 23. Juni, im Feen-Palast, Burgstraße, eine **grosse öffentliche Volksversammlung** stattfindet und an diesem Tage **keine öffentliche Versammlung** stattfinden darf. 836/8
 J. A.: Otto Klein, Kottbusser Damm 14.

Freie Vereinigung d. Lohgerber

und Lederjurichter Berlins.

Versammlung

am Sonntag, 7. Juni, um 10 1/2 Uhr, bei Felnd (Herberge), Weinstraße 11.
Tagesordnung:
 1. Geschäftliche Mittheilungen.
 2. Statutenberatung.
 Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist nothwendig.
 205/5 Der Vorstand.

Rohtabak A. Goldschmidt,

Spanbauerbrücke 6, am hiesigen Platze bekanntlich **Größte Anwahl. Garantirt sicher brennende Tabake.** Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt, Spanbauerbr. 6, am Fackel'schen Markt. 1748

Bereinsabzeichen,

Stempel u. Gravirung, empf. d. Genossen G. Kleist, Waldemarstr. 48.

Arbeitsnachweis.

Der Arbeitsnachweis für männliche Personen befindet sich: **Stadtbahndögen No. 103/104 am Alexanderplatz gegenüber dem Kgl. Polizeipräsidium. Fernsprech-Anschluß Amt V. 1263. 2033M**
 Der Arbeitsnachweis für weibliche Personen befindet sich: **Klosterstraße No. 97 an der Kaiser-Wilhelmstraße. Fernsprech-Anschluß Amt V. 8235.**
 Die Bureaus sind geöffnet von **7 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends.** Während dieser Zeit können sich die arbeitssuchenden Personen in den an die Bureaus anstoßenden Sälen so lange aufhalten, bis ihnen Arbeit nachgewiesen ist. Die Gebühr beträgt 20 Pf.
 Die Herren Arbeitgeber werden um Meldung der offenen Stellen dringend gebeten.
Der Vorstand
 des Zentralvereins f. Arbeitsnachweis.
 Dr. Freund, Magistratsassessor.

Rohtabak

empfiehlt 114b **Rud. Seiffert, Reichenbergerstr. 171**

Gegen die Kornzölle. Für billiges Brot.

Freitag, den 5. Juni 1891, Abends 8 Uhr:
Volks-Versammlungen.

- I. Reichstags-Wahlkreis:**
 Im **Feen-Palast**, an der Börse.
 Referent Reichstags-Abgeordneter **J. Auer.**
- II. Reichstags-Wahlkreis:**
 In der **Tivoli-Brauerei** am Kreuzberg.
 Referent Reichstags-Abgeordneter **Paul Singer.**
- III. Reichstags-Wahlkreis:**
 In der **Berliner Ressource**, Kommandantenstr. 57.
 Referent Reichstags-Abgeordneter **W. Liebknecht.**
- IV. Reichstags-Wahlkreis:**
 a) In **Joël's Salon** am Andreasplatz.
 Referent Reichstags-Abgeordneter **Franz Tutzauer.**
 b) Im **Elysium**, Landsberger Allee.
 Referent **Richard Fischer.**
- V. Reichstags-Wahlkreis:**
 In **Lips' Brauerei** am Friedrichshain.
 Referent Reichstags-Abgeordneter **Max Schippel.**
- VI. Reichstags-Wahlkreis:**
 a) In der **Volks-Brauerei**, Alt-Moabit 47-49.
 Referent Reichstags-Abgeordneter **August Bebel.**
 b) Im **Wedding-Park**, Müllerstraße.
 Referent Reichstags-Abg. **Arthur Stadthagen.**

Tagesordnung in allen Versammlungen: Die Kornzölle u. die Reichsregierung.

Nachdem der Reichskanzler vor wenigen Tagen erklärt hat, daß trotz der gegenwärtigen hohen Getreidepreise die Zölle in ihrer bisherigen Höhe weiter bestehen bleiben, gilt es, im Namen des werththätigen Volkes dagegen Protest zu erheben. Wir laden daher alle Jene, die ein Interesse daran haben, daß nicht zu Gunsten einer handvoll Großgrundbesitzer und Getreidewucherer den breitesten und ärmsten Schichten des Volkes das wichtigste Nahrungsmittel noch weiterhin künstlich vertheuert werde, höflichst ein, zahlreich in diesen Versammlungen zu erscheinen und diesem Proteste sich anzuschließen.

Die Einberufer.
Achtung! Achtung!
Streik-Kontroll-Kommission.
 Die zu Freitag, den 5. Juni, angezeigte Versammlung findet der stattfindenden Volksversammlungen halber **nicht** statt. 284/6
O. Witzke.

Achtung, Kaufleute!
 Die zum Freitag, den 5. Juni er., anberaumte Versammlung findet am **Montag, den 8. Juni er.,** Abends 8 1/2 Uhr, bei **Horbert, Genthstraße, statt.** 189/12
Der Vorstand.

Öffentliche Versammlung aller Bildhauer

in **Deigmüller's Lokal**, Alte Jakobstraße 45a, statt. Vortrag des Stadtverordneten **Ingebl** über die **Getreidezölle** und Abstimmung über die vom Parteivorstand vorgeschlagene Resolution. Weitere Tagesordnung siehe Annonce zum Sonntag. 117/17
Die Kommission.

Charlottenburg. Sonntag, den 7. Juni: **Charlottenburg.**
Fuss-Partie
 von Station Grunewald nach Schildhorn, arrangirt vom **Feseklub „Mehr Licht“.**
 Treffpunkt Bahnhof Charlottenburg Morgens 7 Uhr. Nachzügler werden in dem früher **Langweier'schen Lokal** in Schildhorn erwartet. Zu zahlreicher Theilnahme ladet die Patriotenossen freundlichst ein
Der Vorstand.
 354/19

Die revolutionären Strömungen in Russland.

Die Liberalen.

Als die Internationale den ersten Grund legte für die Verwirklichung des berühmten Wahlspruches von Marx und Engels: „Proletariat aller Länder, vereinigt Euch!“ und als die Kommune ihr rothes Banner auf den Giebeln einer Weltstadt aufpflanzte, waren in unserem Vaterlande die Liberalen die Einzigen, welche den Stoff zu einer ernsthaften Opposition liefern konnten und die Einzigen, unter denen die Ideen des abendländischen wissenschaftlichen Sozialismus Wurzel zu fassen vermochten. Konnten sie auch auf keine organisierte Partei blicken und keine gefühligen Wege finden, um eine Arbeiterpartei zu schaffen oder sich gegen die Willkür der Regierung zu wehren, so wußten sie doch unter dem bornierten Regimente Nikolaus I. ein Feld zu gewinnen — mochte es auch drohend zittern und wenig Sicherheit gewähren —, einen Grundstock literarischer Werke zu schaffen, die den argwöhnischen Blicken der Zensur entrannten, aber in rein wissenschaftlich-kritischen Artikeln, in scheinbar unschuldigen Romanen und Poesien dem intelligenteren Theile des russischen Publikums die revolutionären Bestrebungen der Feinde aller Volksbedrückung, aller Herrschermißthätigkeit vorzuzugeln und immer wachsende Hinnegung zu den neuen Formen des Sozialismus erzeugten, die dieser in Europa annahm. Eine durchaus bewusste Opposition wurde besonders in den kritischen Artikeln von Bielinskij, in den Romanen von Herzen, in den Novellen des Turgeniew geführt; indes war der Strom so mächtig, daß auch andere Schriftsteller, ohne sich dessen bewußt zu werden, in derselben Richtung fortgerissen wurden; dies war der Fall z. B. mit dem Satiriker Gogol, der durch und durch der Reaktion angehörte; und das Gleiche stieß dem völlig indifferenten Romanenschreiber Gortschakoff zu, und einer ganzen Anzahl weniger talentvoller und einflussreicher Autoren. Seit dem Regierungsantritt Alexanders II. und der Befreiung der Bauern schienen sich die Hauptliteratur zu einem Ganzen fest zusammen zu schließen, denn nur einige wenige gesplitterte Reaktionen ohne erstere Bedeutung fernblieben.

Als die Regierung nämlich die Reformen inaugurierte, wählte man am Vorabend einer wenn auch mangelhaften Verfassung zu stehen, und die Stellung der konservativen, liberalen, radikalen und sozialistischen Parteien in Russland schien allmählich ähnlich zu werden, wie in anderen europäischen Ländern, d. h. die politische Wirksamkeit aller dieser Parteien bestand aus zweierlei: einem innerhalb der gesetzlichen Schranken geführten Kampfe, um ein Mindestmaß von politischen und wirtschaftlichen, schon jetzt möglichen Reformen, einem Kampfe, der gelegentliche Bündnisse zwischen Parteien verschiedener Färbung zuließ; und zweitens aus einer ebenfalls auf gesetzlichem Boden stehenden Agitation, mit dem Zwecke, die Anhängerschaft und den Einfluß der einzelnen Parteien, wie sie sich in ihren vollständigen Programmen und ihren letzten Zielen darstellten, zu vermehren. Bald indes fand man sich grausam enttäuscht. Die Regierung Alexanders II. zeigte sich in der Folgezeit nicht nur höchst abgeneigt, derartige Verhältnisse hervorzurufen, vielmehr begann man, als man sich versah, daß die eingeleiteten Reformen im Volke ganz naturgemäß das Bedürfnis nach politischen Freiheiten entwickelten, diese Reformen so viel wie möglich zu entkräften. So des Bodens zu einem gesetzlichen Kampfe in den zwei erwähnten Formen beraubt, fanden den fortschrittlichen Gruppen zwei Wege offen: entweder die Agitationsweise ihrer Vorgänger aus der Zeit Nikolaus I. fortzusetzen und ihre geschnittenen literarischen Waffen zu schärfen und zu vermehren; oder aber jenseits der Gesetzesgrenzen geheime politische Parteien zu gründen, Verschwörungen zu spinnen, zum Kampfe gegen den Absolutismus, wie es 1825 geschehen war.)

Der erstere Weg schien zwar bequemer geworden zu sein durch die etwas freiere Beweglichkeit der Presse im Vergleich zu der unter Nikolaus I.; doch fand man sich gleichzeitig weit gewiegrteren Behörden gegenüber, die ungleich besser, als die schwächlichen Zensoren der vorhergehenden Regierung, zu scheitern verstanden, was wahrhaft gefährlich war in der Presse und was nicht. Die Bedingungen für eine Literatur, in welcher das

*) Wenn ich in meinem vorhergehenden Briefe (siehe Nr. 107 des „Vorwärts“) einen Vergleich anstellte zwischen der Form des Russlands von 1825 in Russland und des spanischen Pronunciamento's, so dachte ich dabei nicht an die spanischen Karlisten (die nicht vor 1830 austraten), sondern an den Militäraufstand des Quiroga und Neco vom Jahre 1820. Der gewaltige Eindruck, den dieser auf die Geister in Russland machte, läßt sich selbst in den Poesien eines Puschkin und eines Dostojewski erkennen.

In der Volksküche.

Eines der „Ruhmesblätter“ in dem Buch der nunmehr fünf- undzwanzigjährigen Geschichte der Berliner Volksküchen bildet die Beschreibung der Hygiene-Ausstellung. Damals hatte der „Berein der Berliner Volksküchen“ in einem besonderen Pavillon eine vollständige, „naturgetreue“ Volksküche eingerichtet, um den Besuchern der Ausstellung zu zeigen, wie herrlich weit wir es in einer Zeit gebracht haben, in welcher es Menschen giebt, die für 15 Pf. zu Mittag essen. Und so erging denn an die besthende Klasse der Hof, zu kommen und sich von der „Reichlichkeit, Mäßigkeit und Schmachthaftigkeit“ der dort verabreichten Speisen durch höchstzweckmäßige Kosten zu überzeugen.

Und sie kamen alle: Der schneidige Gardeoffizier und die distinguierte Dame der Aristokratie, der reiche Finanzmann und seine in „Volkswohl“ machende „Hausfrau“, der geschneidete Stutzer und die neugierig-nachweisliche „höhere Tochter“. Die Königin Bourgeoise kam, um von den Speisen des armen Mannes zu kosten.

Unter fröhlichem Lachen nahmen die Herrschaften an den roh gemischten Tischen auf den harten Holzbanketten Platz und saßen zaudernd mit dem Schlüssel in den Steingutnapf, welcher ein suppenartiges Nohl- und Vinsengericht enthielt. Es ging lebhaft zu in dieser „naturgetreuen“ Volksküche.

„Wirklich famos!“ schnarrte ein Lieutenant, nachdem er die Lippen mit einigen Tropfen der Brühe angefeuchtet hatte. Und die Komtesse, welche vorzüglich den Inhalt des ersten Löffels hinabschlürfte, bezeugte ihre Zustimmung durch eine stumme Reigung des Kopfes.

Die wohlgenährte Banquierfrau neben ihr genoß das leckere Nohl in kleinen Schlüchtern und nickte ihrem Manne zu: „Nicht wahr? Das ist doch Alles, was man verlangen kann?“ Und der Herr Gemahl sagte mit Galgenhumor: „Es geht. Aber Trüffelsauce ist mir lieber.“

Ein junger Vasse, welcher die Hände in den Hosentaschen, dasaß und seinen Nahl nicht anrührte, betrachtete bald mit spöttischem Lächeln den vor Heroismus schweißenden Banquier, bald wechselte er Blick mit den Bodfischen ihm gegenüber, welche

Publikum zwischen den Zeilen lesen konnte, waren nicht ausreichend vorhanden, zumal sich dieses Publikum, verhöhnt durch die lächerliche Tonart der Presse in den 10 ersten Jahren der neuen Regierung, nicht mehr mit dem zufrieden stellen lassen wollte, was ihm vor 1855 genügt hatte. Um nun auch fernherhin, wie es in dieser Epoche der Fall gewesen war, einen immer fort-schreitenden Einfluß und eine herrschende Stellung wahrnehmen zu können, hätten die russischen Liberalen jetzt in ihrer öffentlichen Presse- und propagandistischen Rednerthätigkeit bis zu den alleräußersten Grenzen des Möglichen gehen, ihre Zeitungen, ihre Professorenstühle, ihre Advokaturen, ihre Mitgliedschaft im Gemeinderath oder den Zemstvos aus dem Spiel setzen müssen; sie hätten gleichzeitig alle Vortheile einer wenn auch noch in den Keimen stehenden gesellschaftlichen Organisation ausnützen müssen, die in Russland unter Alexander II. bestand, die Verbände der Zemstvos und Gemeinden, die Advokatenkonferenzen, die Professorenräthe, um eine Grundlage zu schaffen für die Parteien, welche eine grundstürzende Aenderung der gegenwärtigen Zustände vorbereiten; und schließlich wäre es nöthig gewesen, im Auslande oder in Russland eine geheime Presse ins Leben zu rufen, um beständig die Ziele dieser Parteien scharf zu markiren. Die russischen Liberalen aber konnten ihre Rolle nicht ausfüllen; nicht einmal, daß sie auch nur versucht hätten, eine politische Partei zu organisiren oder ihr Programm in erwähnenswerthen geheimen Blättern darzulegen. Was jene Führung des Kampfes bis an die letzte Grenze des Gefährlichen anbelangt, so fanden sich wohl neben sehr zahlreichen Apostaten fähige Persönlichkeiten in der Presse, unter den Gelehrten, in den vertretenden Körperschaften (wenn auch sehr wenige), die diesen Kampf ebenso ruhmreich fortsetzten, wie ihre Vorgänger ihn unternommen hatten. Die besten Zeitschriften wurden so unterdrückt; hervorragende Männer wurden durch die Willkür des Ministers von ihren Lehrplätzen verjagt; die Michailoff, die Tschernyschewsky farbten und verdarben in Sibirien oder schmachteten Jahrzehnte lang dafelbst. Andere wurden weniger grausam betroffen: Die Saltzoff, die Glinneff, die Schelgunoff gaben den heißen Kampf in der Presse für die freien Gedanken bis zu ihren letzten Athemzügen nicht auf. Doch dies waren Vereinzelte, die man schon früher in der literarischen Welt als „Radikale“ zu bezeichnen begann und von denen mehrere in höherem oder geringerem Grade dem Sozialismus anhängen. Die große literarische Armee der Liberalen, die 1855 bestand, hatte sich zerstreut und zersplittert, die russischen Liberalen existiren nicht mehr als politische Partei, nicht mehr als eine geeinte literarische Partei; vielmehr wächst die Zahl der bewußten und unbewußten Abfälle beständig und so offenbart sich täglich klarer ihr Verfall und ihre Entartung. Metaphysische und pfäffische Bestrebungen, die einst innerhalb der fortschrittlichen russischen Gruppen für unentbehrlich gehalten wurden, haben jetzt ihre Organe und finden einen genügenden Lebenskreis. Die junge Generation in der Presse, die sich als fortschrittlich ausgiebt (in dem „Boten des Nordens“, der „Woche“), hat neben den liberalen Ideen, die sie nicht zu verläugnen magt, die Propaganda für ein Ergeben in die gegenwärtigen Verhältnisse aufgenommen, ohne sich Rechenschaft davon abzulegen, daß sie damit die Entfaltung predigt. Die bedauerlichen Verirrungen des Grafen Leon Tolstoj finden Anhänger.

Alles kurz zusammengefaßt: Die russischen sogenannten Liberalen haben aufgehört, eine zusammenfassende politische und soziale Macht in unserer Heimath darzustellen; keine politische Bewegung könnte auf sie rechnen. Die Kämpfer, die einstmal den Kern einer solchen bilden konnten, vermögen jetzt in dieselbe einzugreifen, allein, indem sie sich einzeln an andere politische Parteien anschließen, an Parteien, welche unter anderen Auspizien erstehen oder erstehen werden: Und nur der Sozialismus ist es, der, wie die Dinge liegen, ein fester Thurm zu werden vermag.

10. Mai 1891.

Semen Petross.

Parlamentsberichte.

Abgeordnetenhaus.

94. Sitzung vom 3. Juni. 11 Uhr.

Am Ministerische: Dr. Riquel, von Heyden, Graf Zedlitz.

Die Verathung über die Vorschläge der 18. Kommission in Betreff des Antrages Korsch wegen Verbot des Privathandels mit Staatslotterielosen wird fortgesetzt. Die Kommission schlägt dem Hause drei Resolutionen vor, in welchen eine Ver-

*) Wir hoffen in Balde den Lesern des „Vorwärts“ einen Artikel über die letzten Kämpfer, von welchen Einer nach dem Andern in vorgerücktem Alter gestorben ist, bringen zu können.

mehrung der Zahl der Lotterielose nach Maßgabe des hervorgetretenen Bedürfnisses, ferner eine anderweitige Betriebsart der Lose, und endlich die Geltendmachung des preussischen Einflusses bei den Reichsbehörden auf Erlaß eines Gesetzes zur einheitlichen Regelung des Lotteriewesens angetregt wird.

Abg. Ritter (freikons.) empfiehlt die Annahme aller drei Resolutionen.

Abg. Richter erhebt Widerspruch gegen die sofortige Abstimmung über die Resolutionen, indem er sich auf § 27 der Geschäftsordnung beruft, wonach Anträge, welche eine Gelbbewilligung in sich schließen oder in Zukunft herbeizuführen bestimmen sind, Kommissarischer Berathung unterliegen müssen. Unter Gelbbewilligung seien nicht bloß Ausgaben, sondern auch Einnahmen zu verstehen. Es sei überhaupt zweifelhaft, ob die Kommission bei der Beschlußfassung über die Resolutionen innerhalb ihrer Kompetenz handelte. Die Resolutionen würden der Budgetkommission zur Vorberathung zu überweisen sein. Unverständlich sei ihm die Eile, mit welcher diese wichtige Angelegenheit am Schlusse einer so arbeitsreichen Session betrieben werde. Die Kommission habe ihre Resolutionen beschlossen nach Ablehnung des Antrages Korsch, dieser sei aber gefestigt angenommen und dadurch die Lage verändert worden. Die Empfehlung einer Vermehrung der Lose sei eine Angelegenheit von nationaler Wichtigkeit, in die wir mehr und mehr hineingerathen sind.

Präsident v. Köller hält die Verweisung auf § 27 der Geschäftsordnung für nicht stichhaltig. Dort werde nur von Anträgen von Mitgliedern des Hauses gesprochen, ein solcher liege aber nicht vor, sondern ein von der Kommission aus eigener Initiative gefaßter Entschluß.

Abg. Richter bleibt bei seiner Auffassung stehen, dagegen führt der Präsident aus, daß eine Kommissionsberatung ja stattgefunden habe.

Abg. Trendt (freil.) verweist auf die zahlreichen Präzedenzfälle, in denen die für einen Antrag aus dem Hause niedergesetzte Kommission Resolutionen mit finanzieller Bedeutung vorschlug, welche im Hause Annahme fanden, ohne daß Widerspruch erhoben worden wäre. Die Annahme des Antrages Korsch stehe der Annahme der Resolutionen durchaus nicht entgegen. Im Weiteren führt Redner nochmals die Gründe an, welche bereits geltend für eine Vermehrung der Lose geltend gemacht worden sind. Die Vertheilung der Lotterielose über das Land sei eine durchaus ungleichmäßige. In Berlin würden im Verhältnis viel zu viel Lose gespielt; durch anderweitige Vertheilung allein sei die Lotterieverwaltung dem Mangel abgeholfen nicht im Stande. Die erste und zweite Resolution seien also anzunehmen, desgleichen aber auch die dritte, welche auf die Einführung einer einheitlichen deutschen Reichslotterie hinzielt. Was im preussischen Staate erlaubt und stichhaltig ist, könne im Deutschen Reiche nicht unerlaubt und unbillig sein.

Abg. Sattler (natl.) hält zwar die geschäftsordnungsmäßigen Zweifel des Abg. Richter für nicht zutreffend, beantragt aber wegen der Tragweite des Verlangens der Vermehrung der Lotterielose die Verweisung der ersten Resolution an die Budgetkommission. Die erste Resolution sei hauptsächlich nur zu verstehen unter der Voraussetzung des Antrages Korsch. Auch sachlich müsse er durchaus die Meinung Richters über die Vermehrung der Lose theilen.

Abg. Oizer (natl.) hält eine Verweisung an die Budgetkommission weder für zweckmäßig noch für nothwendig; er wünscht vor Allem eine Vermehrung der Lotterielose, alle Uebelstände rühret von der zu geringen Zahl der Lose her. Die vorhandene Zahl entspreche weder der gestiegenen Wohlhabenheit noch der steigenden Konkurrenz der auswärtigen Lotterien.

Abg. Lückhoff (freil.) empfiehlt die Annahme der ersten und dritten Resolution, bekämpft dagegen die zweite, welche eine anderweitige Ordnung des Betriebes der Lose bestrafte. Wenn der Betrieb nach dem Arentschischen Recept der Reichspost übergeben würde, so würde die Post ihrem eigentlichen Zwecke zu sehr entfremdet werden. Der Lotteriekollektor trage eine große persönliche Verantwortung, welche dem Beamten garnicht zugemuthet werden könne. Mit der bloßen Redewendung, daß die Kollektoren Stellen Einnahmen seien, werde nichts bewiesen. Die Kollektoren hätten eine hohe Kautions zu stellen, müßten ein anständiges Lokal und Bureaupersonal haben und seien außerdem mit der erwähnten großen Verantwortlichkeit behaftet. Der Kollektor sei gefällig und entgegenkommend, der Beamte im „Dienst“ werde vielleicht für das Publikum die weniger geeignete Infanz sein.

Geb. Rath Marcinowski erklärt, daß die vorhandene Ungleichheit in der Vertheilung der Lose über das Land sich durch Maßnahmen der Verwaltung allein nicht beseitigen lassen wird.

Abg. v. Chumern (natl.) bestätigt die Wichtigkeit der prinzipiellen Auffassung des Abg. Richter bezüglich der finanziellen Tragweite der ersten Resolution, giebt aber zu, daß die Praxis des Hauses vielfach abweichend verfahren sei. Er schließt sich dem Antrag Sattler an, namentlich um zu vermeiden, daß eine

in ausgelassener Fröhlichkeit und frivolster Wütherei gewetteifert, aber sie brachten es nur bis zu einem verlegenen Lächeln.

Allmählich gingen die beiden Freunde an, den Aufenthalt in dieser Umgebung unbedinglich zu finden. Sie lösteten daher ihre Wahlzeit hintereinander aus und standen auf, um zu gehen. Da immer neue Schaaeren von „Hungrigen“ hereinstürmten, so hatten sie Mühe, die Thür zu erreichen. Es war wie in einer Jahrmarktsbude, in welche das sensationshungrige Publikum hineindrängt, um sich durch die bildliche Darstellung irgend eines neuenaufregenden Ereignisses für einige Minuten aus seiner Wirklichkeit herausreißen zu lassen. Selbst draußen, vor dem Pavillon und im Garten, standen Gruppen von Besuchern, welche die unförmigen Köpfe in den Händen hielten und unter Scherzen und Lachen in der Suppe herumplantschten. Viele suchten sich ihrer Portionen, von denen sie übrigens immer wieder versicherten, daß sie vorzüglich schmeckten und beinahe für zwei Personen ausreichten, dadurch zu entledigen, daß sie die halb gefüllten Köpfe in den Sand oder auf den Rasen stellten, um sich dann möglichst unauffällig zu entfernen.

Die beiden Studenten wurden, als sie ins Freie traten, bei diesem Anblick von Entrüstung ergriffen. Aber als gestittete Menschen behielten sie ihre Entrüstung für sich.

„Was mag man mit diesen Resten machen?“ fragte der Sohn des Lehrers.

„Was wird man damit machen?“ sagte der andere. „In den gemeinsamen Bettich wird man es wohl kaum zurückgießen. Wahrscheinlich nimmt man's zu Hundefutter.“

Nach einer Weile setzte er nachdenklich und leiser hinzu: „In einer richtigen Volksküche geht es übrigens ganz anders her.“

„Ja, wahrhaftig!“ murmelte der Sohn eines Lehrers. Die Freunde sahen sich überaus an.

„Waren Sie denn schon mal in einer richtigen Volksküche?“

„Leider schon oft genug.“

„Ich esse alle Tage da.“ sagte der Sohn des Schuhmachers. Sie wechselten in tiefer Beschämung einen Blick, der Berzeugung erbat und zugleich dem anderen Verzeihung gewährte. Dann gingen sie schweigend nach dem Ausstellungspalast, um ihre Wanderung fortzusetzen, und betrachteten die dort aufgestellten Tabellen über Volksernährung.

so wichtige Angelegenheit von einem ermüdeten und schwach befestigten Hause am Schlusse einer langen Session im Vorbeigehen erledigt werde. Persönlich kann Redner sich für die Vermehrung der Lotterielose und für die Förderung der Spielwuth des Publikums nicht begeistern.

Abg. von Schalscha (Zentr.) spricht sich von seinem persönlichen Standpunkt für Vermehrung der Kollekten und Looszahl aus.

Abg. Richter bekämpft nochmals die unangenehme Art und Weise, wie diese Resolution der Regierung überwiesen werden soll. Wenn Herr Arendt die Vergabe der Kollekten an Leute, die sich um die Regierung irgendwie verdient gemacht hätten, vertheilte, und die solchergehalt belohnten Leute als Patrioten bezeichnet, so sei das doch sehr unvorsichtig. Herr Arendt sei der heftigste Gegner jeder Handelsvertrags-Politik und jeder Herabsetzung der Zollsätze; die Regierung habe also nach seiner eigenen Theorie alle Ursache, nicht bloß ihm, sondern auch allen seinen Gesinnungsgenossen jede Kollette vorzuenthalten. (Große Heiterkeit.) Eine Lotteriesteuer würde er der Regierung in jeder Höhe bewilligen, denn sie sei eine Steuer auf die Dummheit und eine solche könne nicht hoch genug gegriffen werden. Das Strafgesetz wolle sich unwirksam erweisen, und nur den Privathandel mit Staats-Lotterielosen in das Ausland verlegen. Schon 1886 habe man bei der Schwierigkeit, die vermehrte Zahl der Loose unterzubringen, zur amtlichen Beklemme greifen müssen.

Abg. Arendt: Wenn Herr Richter nichts weiter weiß für den Fortfall der Zölle, als eine Lotteriesteuer, so ist dieser Versuch doch wohl kaum hinreichend, zumal wenn nach seinem Wunsche die Lotterie überhaupt aufgehoben wird. Die Börsensteuer ist auch eine Steuer auf die Dummheit, für diese Steuer wird aber Herr Richter nicht eintreten. Ich habe nicht gesagt, daß die Anhänger der Regierung vor anderen die Lotterieloskollen erhalten sollen; ich habe mich auch nicht um eine Lotterieloskollen beworben.

Abg. Lieber (B.) tritt dem Antrage auf Kommissionsberathung über die erste Resolution bei. Er stehe nicht auf dem Standpunkte des Abg. v. Schalscha und sei nur in der Lage, für die dritte Resolution zu stimmen.

Darauf wird die Diskussion geschlossen und die Resolution der Budgetkommission überwiesen; die zweite, anderweite Organisation des Betriebes, wird abgelehnt; die dritte, Anregung eines einheitlichen Reichs-Lotteriegesezes, fast einstimmig angenommen.

Es folgt die zweite Berathung des Antrags des Abg. Schulz-Lupitz, betreffend eine Ergänzung des Waldschutzes. Er spricht sich in der Richtung, daß in den Quellgebieten der Flüsse und Bäche der Wald mehr als bisher erhalten, bezw. eine zielbewußte Neubildung bewirkt werde zum Zwecke, den Abfluß der Regenwasser zu verlangsamen und eine vermehrte Nutzung des Wassers für die Landwirtschaft und für die Industrie herbeizuführen.

Die Agrarkommission hat den Antrag abgelehnt und eine Resolution des Inhalts vorgeschlagen, daß die Regierung ersucht werden soll, dem Landtage Vorschläge zu machen, welche die Vertheilung gemeinschaftlicher Wasserrechte und die Vorkehrungen gegen die Entziehung von solchen zu ermöglichen, sowie die dauernde Besserung der Verhältnisse durch Erhaltung des Waldes und Aufzuchtung sicher zu stellen geeignet erscheinen; und zu diesem Zwecke erforderlichen Falles eine Erhöhung der in den Etat für Waldkulturen vorgesehenen Mittel zu beantragen.

Abg. v. Schalscha will die Fassung der Resolution dahin formuliren, daß die Regierung dem Landtage Vorschläge zu machen ersucht werden soll, welche eine Verlangsamung des Wasserlaufes zunächst im Quellgebiete herbeizuführen geeignet erscheinen und dafür Geldmittel in den Etat einzuführen.

Abg. v. Erffa (L.) sieht der Tendenz des Antrages Schulz-Lupitz sympathisch gegenüber, bittet aber darüber hinaus die Staatsregierung um die Herbeiführung einer verschärften Aufsicht über die Privatwaldungen im öffentlichen Interesse.

Minister v. Seyden: Die Regierung hat bis jetzt mit den Mitteln des Dispositionsfonds arbeiten müssen und hat damit auch auskommen können; werden bestimmte Anträge an uns gebracht, so werden wir dies zu erwägen haben. Jedenfalls würden die beantragten Ermittlungen sehr kostspielig sein.

Abg. Schulz-Lupitz zieht seinen Antrag in der Hoffnung zurück, daß die Regierung auf die Resolution des Hauses mit bestimmten Vorschlägen an den Landtag herantreten wird. Der Kommissionsantrag wird darauf angenommen.

Es folgen Kommissionsberichte über Petitionen. Der fünfte Bericht der Untersuchungskommission über die Petition des Dr. Lange und Genossen in Berlin betreffend die Umgestaltung des höheren Schulwesens, wird wegen der vorgerückten Stunde und weil sich an sie eine längere Debatte knüpfen würde, von der heutigen Tagesordnung abgelehnt.

Ueber eine Reihe von Petitionen von nur lokalem Interesse wird ohne Debatte gemäß den Kommissionsanträgen zur Tagesordnung übergegangen.

Ueber die Petition, welche die Verlegung des Landrathsamts von Hörter nach Bealke befürwortet, erhebt sich eine längere Debatte. Der Antrag der Gemeindefunktion auf Uebergang zur Tagesordnung wird schließlich angenommen.

Schluß 4 Uhr.
Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. (Gesetzentwurf betr. die außerordentliche Armenlast und die Pensionirung der rheinischen Gemeindebeamten.)

Lokales.

Deutsche Hausfrauen. I. Die Fürsorge für das Wohl der arbeitenden Klassen, der sich die „Gesellschaft“ mit rühmlichem Eifer hingibt, offenbart sich mitunter in recht feltamer Weise. Eine der brennendsten Fragen ist für sie die Frauenfrage, d. h. „allen deutschen Mädchen — und namentlich den bedürftigen — diejenige hauswirtschaftliche Ausbildung zu gewähren, die sie befähigt, innerhalb der ihnen zugewiesenen Grenzen eine gute deutsche Hausfrau zu werden.“ Man giebt sich unendliche Mühe, die Mädchen zu „Hausfrauen“ herauszubilden, obgleich durch die heutige kapitalistische Produktionsweise die Frauen und Mädchen immer mehr aus der „Hauslichkeit“ herausgerissen werden; man ist bestrebt, dem Arbeiter die „Familie“ zu erhalten, obgleich dieselbe durch eben diese Produktionsweise immer mehr zerstört wird. Auch die „Deutsche Gattin“ und „Frauenfrage“, obgleich dieselbe die allgemeine anerkannte Thatsache, daß man es heute leider nicht mehr als die Regel betrachten darf, daß früher oder später die Jungfrau als Gattin heimgeführt wird, ja, daß man es schon als großes Glück preisen kann, wenn sie überhaupt einen Mann findet, der in der Ehe Freund und Leid mit ihr zu theilen gewillt ist, steht sich veranlaßt, in oben gedachtem Sinne die „Frauenfrage“ oder richtiger gesagt, die „Mädchenfrage“ zu behandeln und reproduziert zu diesem Zwecke eine diesbezügliche Abhandlung des vaterländischen Pflanzhropen und patriotischen Sonntagdichters des „Berliner Lokal-Anzeiger“, Herrn Dr. Max Bauer, welcher zur Erreichung des schönen Zieles, die Mädchen zu deutschen Hausfrauen heranzubilden, empfiehlt 1. Haushaltungsschulen nach Maßgabe des badischen Frauenvereins und des Vereins in Berlin, oder 2. Kochschulen im Anschluß an Sappentagen und Volkshilfs-Anstalten, wie sie erfreulicher Weise in den Fabriken sich mehr und mehr einbürgern, oder 3. Einführung des hauswirtschaftlichen Unterrichtes in den Lehrplan der öffentlichen Volksschule (Beispiel in Kassel), oder 4. die Abend- resp. Nachmittags-Haushaltungsschulen (Frankfurt a. M., Königsberg), nach gleichartig eingerichtet der staatlichen Fortbildungsschulen für Jünglinge, oder 5. die freie Ueberweisung und Anlehnung schulentlassener Mädchen in für ihre individuellen

Verhältnisse ausgesuchten Familien (Beispiel Bissa in Posen). Der edle Menschenfreund empfiehlt selbst die letztgenannte Form (5) als die beste, weil „billigste“. Denn er zweifelt nicht, daß sich edle Frauen genug finden werden, die bereit sind, in ihrem eigenen Hausstand ein bedürftiges anständiges Mädchen zu instruiren. „Hier soll das Mädchen“, so meint Herr Dr. Max Bauer, „während einiger Stunden des Tages lernen, daß die Unwirtschaftlichkeit eine erste Quelle aller sozialen Noth und ganz speziell da ist, wo Schmalhans Küchenmeister ist; sie soll vor Allem lernen ihr kleines Wirtschaftsgeld bei Heller und Pfennig zu berechnen und dem Manne die oft ganze Familien zu Grunde richtenden unnöthigen Schulden und deren Bezahlung zu ersparen; sie soll verstehen lernen, welchen Werth es hat, mit Ordnung und Sauberkeit die Häuslichkeit dem Vater, den Brüdern, einst dem Manne angenehm zu machen, so daß er von der Destillation, von der Knoche entfernt gehalten wird und sich daheim wohl befindet. Sie soll keine feinen Chemien lernen, wohl aber den Werth und Nährwerth derjenigen Genußmittel, mit deren Zusammenfügung sie dereinst an ihrem bescheidenen Herd zu rechnen hat. Sie soll waschen, plätten, nähen und flicken lernen und der Begriff einer wirtschaftlichen Eintheilung soll ihr aufgehen; erst eine solche Frau hat Anspruch auf Schiller's so schönes Wort: „Ehret die Frauen, sie flechten und weben himmlische Rosen ins irdische Leben“!

Die Puttkamer'sche Auffassung von der Bedeutung der Arbeiterbewegung, nämlich, daß sie das Werk einer Anzahl verwerflicher Agitatoren sei, welche diese Bewegung geschaffen haben, um auf Kosten der Arbeiter ein Hungerleben zu führen und auf Kosten der Arbeiter sich mästen zu können, scheint in gewissen Kreisen der Bevölkerung Wurzel geschlagen zu haben. Zu dem Gastwirth Müller in Reinickendorf, Neßbengstraße, vis-à-vis dem Chausseebau, soll da vor Kurzem — so erzählt Herr Müller — ein Mitglied der Reinickendorfer Lokalkommission gekommen sein, um zu erfahren, ob Müller's Saal zu Versammlungen hergegeben würde. Bei dieser Gelegenheit soll der Fragende sein Gespräch nicht weniger als 4 Flaschen Wein getrunken, auch bei dieser Gelegenheit dem Wirth mitgetheilt haben, daß zu dem Zweck des Lokalaufsuchens 30 M. Spesen von der Kommission gezahlt seien. Natürlich erfuhr'n's alle Leute, auch die Arbeiter: 30 Mark, das sind 300 Arbeiterloose, die verprakt solcher Agitator zu einer Wahlzeit! Aber Herr Müller berichtete noch andere Schandthaten der Kolben. Da sind sie am 3. Mai in Hohen-Neuendorf gewesen und haben den Gastwirth Schmolz ordentlich reingelegt. Kommt nämlich da der Vorsigende vom Arbeiter-Bildungsverein „Julius“, Otto Kraus und pumpt dem Wirth 20 M. ab, unter der Angabe, er hätte sein Portemonnaie vergessen, und nun könne Herr Schmolz sein Geld nicht wieder bekommen, weil der laubere Herr Vorsigende nirgends zu finden sei. Wenn aber Jemand lügen will, so muß er ein gutes Gedächtniß haben. Als am Sonntag ein paar Genossen den Herrn Müller besuchten in der Hoffnung, daß er ihnen auch etwas von den Sozialdemokraten mittheilen werde, da erzählte Herr Müller wieder von dem Pump in Hohen-Neuendorf, nur mit dem Unterschied, daß der Pumpr nunmehr der Vorsigende vom Gesangsverein „Weiße Rose“ gewesen sein sollte. Da nun der Vorsigende vom Bildungsverein sowohl wie der Vorsigende vom Gesangsverein beides Männer sind, welche sich der allgemeinen Achtung erfreuen, so werden sie dem Herrn Müller Gelegenheit geben, das, was er erzählt hat, zu beweisen oder seinen „Gewährmann“ zu nennen, denn an der ganzen Erzählung ist kein wahres Wort, und Männer, die im politischen Leben stehen, können und dürfen sich solche Dinge nicht nachsagen lassen.

Mit dem Beginn der warmen Jahreszeit sprächen die verschiedenen Kongresse, Jahrestage und sonstigen Versammlungen zahlreich hervor und verknüpfen ihre Tagesordnungen in Zeitungen und Kreuzbandendungen und wer verurtheilt ist, diese Dinge alle nachzugehen, der wird sich wundern über den Kulturm, der auf den diesjährigen Kongressen gegen die soziale Frage, oder richtiger gegen die Sozialdemokratie unternommen werden soll. Es scheint, als hätten die Herren kolossale „geistige Waffen-Vorräthe“ aufgespeichert, mit denen sie nicht bloß die Sozialdemokratie zu vernichten, sondern auch ein Bischen an der sozialen Frage „herumzulösen“ versuchen werden. Damit nun unsere Freunde von diesem gewaltigen Feldzugsplan nicht ganz und gar übertrumpft werden, wollen wir heute wenigstens einige dieser Pläne aufdecken, die allerdings kaum geeignet sind, eine besondere Aufregung zu erwecken.

Zunächst ist zum 11. Juni u. v. vom Vorsitzenden des Provinzialvereins zur Bekämpfung des Vagabundwesens eine Einladung an die Bürgermeister und noch höhere Verwaltungsbeamte ergangen, mit der Bitte, recht zahlreich am 11. Juni im Ständehause, Mathäikirchstraße Berlin, Vormittags 11 Uhr, zu erscheinen.

Der zum Vagabundiren verurtheilte Arbeiter wird diese Fürsorge hoffentlich gebührend zu würdigen wissen. Sie ist um so menschenfreundlicher, als bisher noch Niemand daran gedacht hat, für diejenigen vagabundirenden Unternehmer zu sorgen, welche sich im Laufe des letzten Winters das Lebensgewicht eines etwa zehnjährigen Proletarier-Kindes angefüllt haben und nun zu einer qualvollen Vagabundage nach Karibad zur Entsetzungskur oder zu einer anderen anstrengenden Rundreise verurtheilt sind. Es will uns fast bedanken, als ob für die Entschädigung solcher unglücklicher Menschenbrüder besser als bisher gesorgt werden möchte.

In einem gewissen Zusammenhange mit dieser Einladung zum Kongress gegen Vagabundage steht folgender Ringleitungs-Angang:

Keine Almosen, sondern Arbeit, Wohnung, Nahrung und Verdienst bietet die Berliner Arbeiter-Kolonie, Reinickendorferstraße 53a, den ihr von den Vereinsmitgliedern zugewiesenen Arbeitslosen. Mitbürger, helft uns, die schädliche und schändliche Hausbettelerei in unserer Stadt bekämpfen, die unschuldig Hungenden mit Gottes Hilfe aus ihrem Elend retten und vor dem Versterben in Bergweisung und ins Verbrechen bewahren. Das könnt Ihr, indem Ihr Mitglieder unseres Vereins werdet, durch Zahlung eines geringen Jahresbeitrages — nicht unter 2 M. — und so das Recht erwerben, Männer, die bei Euch ansprechen, ohne Unterschied der Religion, mit einer unserer Anweisungen und zuzuschicken, anstatt ihnen Bettelpennie zu geben, die meist vertranen werden.

Unser Votum wird in diesen Tagen bei Ihnen vorsprechen und bitten wir Sie freundlich, sich gütigst in das Ihnen vorzuliegende Buch mit einem jährlichen oder einmaligen Beitrage einzuschreiben.

Brich dem Hungerigen dein Brot und die so im Elend sind, führe in das Haus. So jemand nicht will arbeiten, der soll auch nicht essen.

Der Vorstand des Vereins für die Berliner Arbeiter-Kolonie: . . .

Und nun folgen eine Anzahl Namen von Pastoren, Freiherrn, Fabrikanten, Rittergutsbesitzern, Kaufleuten und Handwerksmeistern, jedoch die Richtung, in der sich diese soziale Reform bewegt, nicht zweifelhaft sein kann, selbst wenn man noch nicht wüßte, wie die Dinge in der famosen Arbeiterkolonie liegen, die Arbeitskräfte so billig liefert, daß kein freier Unternehmer mit ihr konkurriren kann.

Denn die obligaten Bibelprüche geh's bei diesen Herren natürlich nicht. Die geringen Arbeitskräfte der enttäuschten Arbeitslosen gegen eine kaum nennenswerthe Entschädigung anzunehmen, das verbergen die Herren unter den beiden frommen Sätzen, die wir mit abgedruckt haben!

Der tiefe sittliche Werth solcher religiösen Grundsätze, wie er in den Ansichten und Empfindungen unserer Frommen sich wieder spiegelt, wird dadurch genügend gekennzeichnet.

Einem guten Willen leistet sich die „Germania“. Sie sagt, die Sozialdemokraten und Deutschfreisinnigen seien die „Brotverkäufer“, weil sie durch Bekämpfung der agrarischen

Regierungspolitik die Lage unsicher machten und dadurch die Getreide-Einfuhr hinderten. Das erinnert an jenen Strohmäher, der sein Opfer zu drei Vierteln todt geschlagen hatte, und sich entschuldigend bemerkte: „Das war keine Schuld — er hielt nicht still, als ich ihm sein Geld abnehmen wollte.“ Die bösen Sozialdemokraten, die nicht „still halten“ wollen.

Bezüglich unseres gestrigen Berichtes über die Spindel'schen Missethäter müssen wir unsere Nachricht dahin umändern, daß nicht 30, sondern nur 10 Missethäter in dem Etabliement beschäftigt waren.

Der „Reichsanzeiger“ berichtet zwei sensationelle Gerichtsfälle, die durch die ganze Presse gegangen waren. Da auch wir unsere Lesern von den Vorfällen Kenntniß gegeben hatten, lassen wir die Berichtigungen des amtlichen Organs hier folgen: Die „Boschische Zeitung“ brachte in der dritten Beilage zu Nr. 201 vom 2. Mai d. J. eine aus der „Allgemeinen Fleischereizung“ entnommene Erzählung, wonach kürzlich in Memel mit dem von Southampton kommenden Dampfer „Star“ ein vor ungefähr vierzig Jahren wegen Doppelmordes zum Tode verurtheilter Fleischereimeister Gebhardt angelangt sei. Derselbe sollte kurz vor der bereits anberaumten Hinrichtung entflohen sein. Mehrere Jahre später hätte sich ein angesehener Memeler Bürger als den Mörder bekannt, die Nachforschungen nach Gebhardt, der jetzt als gebeugter Greis mit schneeweißem Haar zurückgekehrt sei, wären jedoch damals erfolglos geblieben. — Diese Erzählung, welche einen Schriftsetzergeliebten in Memel zum Verfasser hat, ist nach den Erhebungen des dortigen ersten Staatsanwalts in ihrem ganzen Umfange erfunden.

Ebenso verhält es sich mit der von der „Boschischen Zeitung“ am 23. Mai d. J. geleisteten Erzählung von der Unschuld des wegen Mordes hingerichteten Jägers Puttklich und mit den weiteren Ausschmückungen, welche diese Erzählung in anderen Blättern gefunden hat. Puttklich ist für überführt erachtet worden, am 18. März 1855 zu Berlin die unverheiratete Schneiderin Dorothea Störck ermordet zu haben. Am 21. März verhaftet, hatte er drei Tage darauf vor der Polizeibehörde ein Geständniß abgelegt und dasselbe am 26. März dem Untersuchungsrichter gegenüber dahin wiederholt, daß er die Störck im Verlog eines zu Thätlichkeiten gelangten Wortstreits mit der Hand erwürgt und sie dann aufgehängt habe. Abgesehen von diesem Geständniß war die Thätlichkeit des Puttklich auch durch andere Beweise dargethan. Da außerdem erwiesen wurde, daß Puttklich die Störck beraubt, daß er ferner den Strick, an welchem er sie aufgehängt, mit zur Stelle gebracht und sich bereits mehrere Tage vor der That diesen Strick angehängt hatte, so konnte auch darüber kein Zweifel obwalten, daß die That als ein mit Ueberlegung ausgeführter Mord angesehen war.

Davon, daß in den achtziger Jahren ein ehemaliger Schulmann Dreger eingekerkert haben soll, den Nord verübt zu haben, ist nicht bekannt geworden. Eine „Urkunde“, in welcher Dreger vor „Prediger, Polizeileutnant und Notar“ dieses Geständniß mit seiner Unterschrift bekräftigt hätte, ist dem Justizminister niemals eingereicht worden. Ebenso wenig ist jemals in amtlichen Blättern eine gerichtliche Ehrenerklärung für den „unschuldig hingerichteten“ erfolgt. Auch ist es unwar, daß die Grabstätte des Puttklich auf dem Begräbnißplatz der Strafanstalt zu Moabit mit einem Kreuz versehen, und daß dieses Kreuz bei der Planung des Reichshofes erhalten worden ist. Kurz, alle Mittheilungen in der Tagespresse, welche dahin gehen, daß die Unschuld des Puttklich ermittelt, und daß dies seitens der Justizverwaltung in irgend einer Hinsicht anerkannt worden sei, sind nichts als leere Hirngespinnste.

Ein Bronze-Fund ist dieser Tage gegenüber dem königlichen Schloßgarten von Bellevue, zwischen der Spree und der Stadtbahn, gemacht worden, wo gegenwärtig verschiedene militärhistorische Gebäude erbaut werden. In einer Tiefe von etwa drei Meter unter dem Grundwasserspiegel hat man, wie die „Post“ mittheilt, bei menschlichen Knochenresten eine Gewandspange von 15 Zentimeter Länge gefunden. Zwei eng gewundene Spiralen von etwa 4 Zentimeter Durchmesser sind durch ein zu der Form eines länglichen Lorbeerblattes aufgearbeitetes Mittelstück verbunden, welches derartig in die eine Spirale übergeht, daß die aus der anderen sich entwickelnde Nadel daselbst gewissermaßen in Verschluss gebracht werden kann. Diese blattförmige Platte ist auf der Oberseite durch ein sehr einfaches, hineingepunktetes Muster verziert. Außer dieser Spange hat sich eine Zopfnadel gefunden, deren Knopf aus einem Oval besteht, in das verschiedene Quer-Rillen hineingearbeitet sind. Beide Gegenstände sind vortrefflich erhalten.

Was alles auf der Eisenbahn verloren wird, konnte man vorgelesen auf dem Schlesischen Bahnhofs sehen, wofür in dortigen Hundbureau alle im letzten Jahre auf den Berliner Bahnen gefundenen und nicht abgeholtten Gegenstände versteigert wurden. Ein ganzes Trüdelgeschäff hätte damit etabliert werden können, und thatsächlich gingen auch die meisten Sachen in den Besitz hiesiger Trödler über, die damit ihr Lager kompletirten. Die Sonnenschirme in großer Zahl, die Promenadenstaschen, Umhänge und ähnliche Artikel für Damen lieferten den Beweis, daß unsere Frauen und Jungfrauen der verzeßeltere Theil der Bevölkerung sind.

Ein Cyper des Uberglaubens, welches die Polizei wohl veranlassen dürfte, gegen das Treiben der Kartenlegerinnen einzuschreiten, ist vorgelesen in die Irrenanstalt in Dalldorf eingeliefert worden. Die bei einem Rentier in der Markgrafenstraße bedienstete Minna S. empfing eines Tages in Abwesenheit ihrer Herrschaft den Besuch einer Wahrsagerin, welche dem Mädchen zuwete, sich von ihr „Karten“ legen zu lassen; die Fremde prophezeite der S. dann aus den Karten, daß ihre in Halle ein „großes Unglück“ drohe und daß dem jungen Fräulein eine furchtbare That widerfahren werde. Das etwas romantisch veranlagte Mädchen, welches mit einem jungen Mann ein von den Jüngern nicht gebilligtes Liebesverhältniß unterhielt, war durch die Wahrsagung, die sie auf ihre Verlobung bezog, sehr niedergedrückt und verrichtete in den nächsten Tagen ihre Arbeit nur noch mechanisch. Weinend erzählte die S. ihrer Herrschaft, daß ihre Eltern sie morden wollten, damit sie ihren Bräutigam nicht heirathen könne! Am vorigen Sonntag drach bei der Vermittlung „Tobisucht“ aus; sie schloß sich in ihrer Stube ein, verbarrikadete die Thür mit Möbeln und drohte Jeden, der sich ihr nähern wölte, zu tödten. Vorgestern Nachmittag mußte das Opfer der Kartenlegerin auf ärztliche Verordnung hin als „gemeingefährlich todsüchtig“ nach der Irrenanstalt Dalldorf überführt werden.

Heimlicher Fund. Gestern Nacht rief der Fischermeister Jannewauer, als derselbe mit zwei Gehilfen in der Untersee an der Eisenbahn-Brücke am Schloß Bellevue fischte, mit seinem Netze auf ein schwarzes Hinderniß. Dasselbe wurde mit vieler Mühe hochgehoben. Es enthielt die stark verweste Leiche eines etwa 4-jährigen Kindes, die nach dem Leichenschauhause überführt wurde.

Polizeibericht. Am 2. d. M. Vormittags fiel auf dem Neubau Altonaerstr. 88 dem Steinträger Wiltner aus dem vierten Stock ein Ziegelstein auf den Kopf, so daß er einen Schädelbruch erlitt. Er wurde nach dem Krankenhaus in Moabit gebracht. — In derselben Zeit wurde auf dem Hofe des Grundstücks Koppelpoth 8 der Arbeiter Bentzoff durch einen von einem Hängegerüst etwa 10 Meter hoch herabfallenden Eimer am Kopfe so bedeutend verletzt, daß er bewußtlos zusammenbrach und nach dem St. Schwig's-Krankenhaus gebracht werden mußte. — Im Landwehrkanal, gegenüber dem Hause Kottbuser Ufer 49, wurde Nachmittags die Leiche eines neugeborenen Kindes angeschwemmt. — Vor dem Hause Chausseestr. 82 fiel zu derselben Zeit eine unbekannt, etwa 50 Jahre alte Frau plötzlich bewußtlos zur Erde.

und verlor sich dabei so schwer am Kopfe, daß ihre Ueberführung nach der Charitee erfolgen mußte. — Als Nachmittags an dem Grundstücke Plan-Ufer 98 seitens einer Abtheilung des Eisenbahn-Regiments ein Fabrikfornstein durch Sprengen umgelegt wurde, stieg ein Mauerstein durch eine Fensteröffnung im dritten Stock des etwa 80 Schritte entfernt liegenden Neubaus Gräfe Nr. 6, und traf den, ungeachtet der Warnung, am Fenster stehenden Töpfer Carl Schönborn, so daß derselbe am Hals und im Gesicht schwer verletzt wurde. Schönborn wurde nach dem Krankenhause am Urban gebracht. — Zu derselben Zeit wurde der Nagelschmied Brauer auf dem Platz des Hauses Linienstr. 112 mit einer angeblich durch einen Fall von der Treppe herbeigeführten schweren Verletzung des Oberschenkels aufgefunden und nach der Charitee gebracht. — Vor dem Hause Oranienburgerstr. 73 warf sich Abends ein Mann vor einem in der Fahrt befindlichen Pferdebahnwagen auf das Geleise und gerieth mit dem Kopf unter das Schuttbrett des Vorderwagens. Er erlitt dadurch eine bedeutende Verletzung und mußte nach der Charitee gebracht werden. — In der Nacht zum 8. d. M. wurde in der Spree, nahe dem Schlosse Bellevue, die Leiche eines unbekanntes, etwa 36 Jahre alten Mannes mit einem um den Hals gebundenen Stein aufgefunden. — Am 2. d. M. und in der darauffolgenden Nacht fanden sechs kleine Brände statt.

Gerichts-Beilage.

Die dritte Strafkammer des Landgerichts I beschäftigte sich am Mittwoch mit einer Sache, die noch vom vorjährigen Streik der Maler Hamburgs her datirt. Angeklagt war der Sackler H. Schöde des Vergehens gegen den § 240 des Strafgesetzbuchs, welcher bestimmt, daß, „wer einen Anderen widerrechtlich durch Gewalt oder durch Bedrohung mit einem Vergehen zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung nötigt, mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 600 M. bestraft wird“. Das Vergehen wurde darin gesehen, daß Angeklagter im Mai vorigen Jahres auf dem Lehrter Bahnhof einigen Malern, die vom Malermeister Bauer aus Hamburg engagirt worden waren, nachgerufen haben soll: „Ihr Schweinehunde, fahrt nur hin, es ist schon eine Dörsche nach Hamburg gegangen, da werdet Ihr schon eure Reize kriegen.“ Außerdem soll er ihnen vorher schon, im da Halle sie fahren würden, die Kollegenchaft abgesprochen haben. Der Angeklagte bestreitet die Richtigkeit der Anklage-momente. Er beruft sich darauf, daß einer derjenigen Kollegen, die er beschimpft haben soll, zu einem der amwesenden Zeugen erklärt hat, er habe nichts von dem, was die Anklage dem Angeklagten vorwirft, gehört. Den Betroffenen, den Maler A. Polenz, hat der Angeklagte nicht ausfindig machen können, da er erst am Verhandlungstage von dessen Aussage gegenüber dem Zeugen Schönfeld gebildet hat. Der Verteidiger ersuchte darauf im Namen des Angeklagten um Vertagung der Verhandlung, damit der neue Entlassungszeuge seine, den Angeklagten entlassenden Aussagen vor Gericht in einer demnächstigen Verhandlung machen könne. Der Gerichtshof sprach die Vertagung aus, und ersucht den Angeklagten, innerhalb acht Tagen sich genau über Aufenthalt und Nationalität des Polenz zu unterrichten und dies dem Gericht mitzutheilen.

Staatliche Postkassen werden auch durch Privatpostkassen überwacht. Um das Ausreisen von Auswanderern handelte es sich bei einer umfangreichen Anklage wegen verkehrswidriger Beleidigung beim älteren Nachrede, welche die III. Strafkammer des hiesigen Landgerichts I gestern gegen den Agenten Eduard Sipply, den Hausdiener Gustav Schulz, den Agenten Anton Burghardt und den Generalagenten des Norddeutschen Lloyd, H. Matfeld, zu verhandeln hatte. Der Letzgenannte glaubte die Wahrnehmung gemacht zu haben, daß ein seit einiger Zeit bestehendes Konkurrenz-Institut, die Stangen'sche Auswanderungs-Agentur, durch den auf dem Schiffschiffen beim Lehrter Bahnhof postierten Dolmetscher Stachowski die ankommenden Auswanderer „wegtapere“ und daß dem Stachowski durch die Auswanderungs-Agentur auf den Bahnhöfen überwachenden Schulleute Träger und Hinmann unerlaubter Vorschub geleistet würde. Um darüber ins Klare zu kommen, wandte er sich an das Privatdetektiv-Bureau des ehemaligen Kriminalkommissars W. W. und dieser ließ durch die drei ersten Angeklagten die beiden Schulleute beobachten. Die Ergebnisse dieser Observation schienen den Verdacht des Herrn Matfeld durchaus zu bestätigen, denn Direktor W. W. konnte denselben bald eidestattliche Versicherungen der drei Agenten überbringen, in welchen mitgeteilt wurde, daß nach den gemachten Wahrnehmungen die beiden Schulleute sehr häufig mit Stachowski in den Kneipen in der Nähe des Schiffschiffen Bahnhofes und dem Bahnhofrestaurant am Lehrter Bahnhof zu treffen seien, mit demselben gehen und sich von ihm traktiren ließen. Daß sie ferner ganze Trupps ankommender Auswanderer vorwärtsführten in das Stangen'sche Bureau zur Lösung der Ueberfahrtskarten bußten z. B. Burghardt, der früher selbst Schlepper für das Stangen'sche Bureau gewesen, betonte in seiner eidestattlichen Versicherung auch noch, daß Drueger mehrfach im Stangen'schen Bureau gewesen, vermutlich um sich das Honorar für die demselben zugewiesenen Personen zu holen und daß er auch genau darum wisse, wenn ein Schlepper den Auswanderern entgegenfahre und dieselben im Wagon schon zu Gunsten des Bureau's Stangen bearbeite. Unter Beifügung dieser eidestattlichen Versicherungen reichte Matfeld eine Beschwerde beim Polizeipräsidium ein und bemerkte darin, daß der Dolmetscher Stachowski die beiden Beamten in seinen Netzen gefangen zu haben scheint und sein Auftreten geeignet sei, die beiden Schulleute zu kompromittiren. — Die Antwort auf diese Beschwerde war die Anklage gegen alle 4 Personen. Die Strafkammer hatte die Erklärung des Verfassers abgelehnt, das Kommergericht jedoch dieselbe angeordnet. — Da die ersten drei Angeklagten behaupteten, daß der Inhalt ihrer eidestattlichen Versicherungen durchaus wahr sei, so wurde ein umfangreicher Beweis erhoben. Durch Vernehmung von 23 Zeugen wurde nun festgestellt, daß die beiden Schulleute mit dem Dolmetscher Stachowski in verschiedenen Lokalen zusammen Bier getrunken haben und daß die Zahlung der gesamten Besche mitunter allerdings von Stachowski, in anderen Fällen aber auch von den Schulleuten geleistet worden war. Aber nicht nur mit Stachowski, sondern auch mit anderen Dolmetschern haben die Benannten manchmal beim Bier getrunken und Schumann Träger erklärte diesen Umstand dadurch, daß ihm sein früherer Vorgesetzter, Polizeikommissar W. W., nahe gelegt habe, mit diesen Leuten doch Fühlung zu nehmen. Abgesehen von diesem Umstande hat nach der Ansicht des Gerichtshofes die Beweisaufnahme nichts ergeben, was den Schulleuten zum Vorwurfe gereichen könnte; namentlich hielt der Gerichtshof irgendwelche Begünstigung des Stachowski durch die Schulleute nicht für erwiesen. Matfeld wurde auf Grund des § 108 freigesprochen, ebenso Schulz, welcher Unwahrheit nicht berichtet hatte. Dagegen wurden Sipply und Burghardt der üblen Nachrede für schuldig befunden und ersterer zu 1 Monat, letzterer zu 3 Monaten Gefängnis verurtheilt.

Auch in unserm benachbarten Spandau hat der harte Winter seine Opfer gefordert. Eine Frau K. war vom Schöffengericht zu Spandau wegen Diebstahls zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt worden, weil sie des Morgens um 4 Uhr die Frühstücksbeutel, welche die Bäckerinnen an die Thüren der Abnehmer hängen, in dreißig Fällen gestohlen haben soll. Frau M. legte gegen dieses Erkenntniß Verurteilung ein, und begründete dieselbe damit, daß sie nur drei Mal derartige Diebstahle begangen habe, und auch nur deshalb, weil

ihr Mann schon seit längerer Zeit arbeitslos (es war im Januar d. J. geschehen) und sie für ihre starke Familie absolut nichts zu essen gehabt habe. Diese dreimalige Uebertretung habe sie auch eingeräumt, an den übrigen Diebstählen aber sei sie unschuldig. Die II. Strafkammer des Landgerichts II, vor welcher die Berufung verhandelt wurde, schreitet zur nochmaligen Beweisaufnahme. Es wird festgestellt, daß allerdings drei Bäckermeister Beweisen mit Frühstücksbeuteln waren und zwar in mehreren Fällen. Der Staatsanwalt hält die Anklage aufrecht, es wohl anzunehmen, daß derjenige, der die drei Beutel gestohlen, auch die übrigen Diebstahle begangen. Der Gerichtshof ist jedoch anderer Ansicht, er glaubt, daß die Frau aus Noth gestohlen hat, es seien aber selbst wenn man annehmen wollte, daß die Angeklagte in allen Fällen schuldig, höchstens 27 Fälle zu konstatiren. Er wies aber seien nur drei Fälle und es wird in Rücksicht auf die Nothlage auf eine Woche Gefängnis erkannt. Die Strafe wäre noch geringer geworden, wenn die Angeklagte nur die Nachwaare, nicht aber auch die Beutel mit fortgenommen hätte, es hätte dann nur Bestrafung wegen Entwendung von Nahrungsmitteln zum sofortigen Genuß erfolgen können.

Wegen Verbrechen gegen die Sittlichkeit, begangen durch Vornahme unsittlicher Handlungen an seinen minderjährigen Schülerinnen, stand der Lehrer Georg S. aus Nieder-Schönhausen vor der I. Strafkammer des Landgerichts II. Es sind 40 Zeugen resp. Zeuginnen geladen, welche zum großen Theil Schülerinnen des Angeklagten sind. Die Verhandlung findet unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Es wird das Urtheil dahingehend verfaßt, daß der Angeklagte freizusprechen ist, weil die inkriminiten Handlungen nicht genügend erwiesen seien, und die Denunziation aus Mache von einer an derselben Schule angehefteten Lehrerin erfolgt sei.

Arbeiterbewegung.

Metallarbeiter-Kongress.

Frankfurt a. M., 1. Juni.

Die heutige Nachmittags-Sitzung des Kongresses wird vom Vorsitzenden um 2 Uhr eröffnet. Nachdem das Protokoll der ersten Sitzung verlesen und für richtig befunden, erhaltete Herr Mittag-Salle im Namen der Mandats-Prüfungskommission Bericht. Die Mandate werden alle für gültig erklärt, das Mandat des Altonaer Delegirten wird zur nochmaligen Prüfung an die Mandats-Prüfungskommission zurückverwiesen. Ein anwesender Delegirter von Schmalkalden wird von der Abstimmung ausgeschlossen, da derselbe kein Mandat zur Stelle gebracht hat; wie er mittheilt, ist die Organisation dort noch weit zurück. Es werden eine Reihe Begrüßungs-Telegramme und Zuschriften aus Wien, München, Nürnberg, Leipzig, Schmiede-Verlag, Giesher aus der Eisengießerei Stütz-Köln, Jena, Augsburg, Wiesbaden, Bamberg, Hamburg, Albingen, Baden-Baden verlesen, die mit Freifall aufgenommen wurden. Hierzu wird die definitive Wahl des Bureaus vorgenommen. Als Vorsitzende werden die Herren Segig-Bärth, Krümer-Frankfurt a. M., Bangner-Hamburg gewählt; außerdem werden noch 8 Schriftführer und 2 Führer der Rednerliste gewählt. Herr Schworer-Hamburg erstattete Namens der Geschäftsordnungs-Kommission Bericht. Die Geschäftsdauer beträgt 8 Stunden, täglich von 8—12 und von 2—6 Uhr. Die Abstimmung über die Organisationsfrage erfolgt nach Mandaten. Die Redezeit ist in der Generaldebatte unbeschränkt, bei der Spezialdebatte beträgt dieselbe 5 Minuten. Alle Redner haben sich schriftlich zum Wort zu melden. Es entspinnt sich über die Geschäftsordnung eine lebhafte Debatte. Dieselbe wird mit 47 gegen 39 Stimmen angenommen.

Dem Kongress liegt folgende Tagesordnung zu Grunde:
1. Bericht der Vertrauensmänner über ihre Thätigkeit.
2. Die Organisationsfrage.
3. Verfassung des Statuts für die ins Leben zu tretende Zentralisation event. Zentralisation der Metallarbeiter.
4. Wahl eines Vorstandes, dessen Stellvertreter und des Hauptkassiers.
5. Wahl des Vororters.
6. Wahl des Ausschusses und dessen Sitzes.
7. Erneuerung einer Revisionskommission und deren Sitz.
8. Wahl eines Vertrauensmannes, welcher die Interessen jener Berufsgruppen zu wahren hat, die gesetzlich verhindert sind, sich einer Zentralisation anzuschließen.
9. Die Organisationsfrage.
10. Die Maßnahmen der Unternehmer gegen die Arbeiter-Organisationen.
11. Die sogenannten Arbeiterschutzgesetze.
12. Der in Aussicht genommene allgem. deutsche Gewerkschafts-Kongress.

Nach Erledigung des zweiten Punktes der Tagesordnung werden die verschiedenen Spezialkongresse stattfinden. Die Abstimmung über Punkt zwei der Tagesordnung wird bis zur Beendigung der Spezialkongresse vertagt.

Der Kongress tritt nunmehr in den ersten Punkt seiner Tagesordnung ein: Berichterstattung der Vertrauensmänner. Den Anfang macht der Vertrauensmann der Metallarbeiter, Segig. Aus seinem Bericht, sowie aus den Berichten der übrigen Vertrauensmänner geht klar hervor, daß das verflorene Jahr eine Stagnation und Drangperiode für die Metallarbeiter gewesen ist. Die von den Metallarbeitern gesammelten, und an Segig übermittelten Gelder belaufen sich auf circa 12000 M., wovon die Berliner, obgleich sie infolge der Währungsreform erst sehr spät mit den Sammlungen beginnen konnten, ein Dritteltheil aufbrachten. Die Ausgaben bezifferten sich auf circa 8000 M., so daß gegenwärtig ein Bestand von etwas über 4000 M. vorhanden ist.

Der Vertrauensmann der Klemper, Lehger, hatte an Unterhaltungsgebern eine Einnahme von 6120 M. und eine Ausgabe von 5499 M. An Agitationsgebern eine Einnahme von 1245 M. und eine Ausgabe von 1288 M.

Der Vertrauensmann der Schlosser und Maschinenbauer, Vredler, hatte eine Gesamteinnahme von ca. 7200 M. und eine Ausgabe von 6800 M.

Durch die Hände des Vertrauensmannes der Formner, Schwarz, gingen bis zum Quartalschluß an Einnahme und Ausgabe ca. 9700, bezw. 9400 M.

Der Vertrauensmann der Schmiede, Hülsmer, hatte eine Einnahme von 1091 M., der eine Ausgabe von 889 M. gegenüberbrachte.

Den Schluß in der Berichterstattung der Vertrauensleute machte der Vertrauensmann der Fellenhauer, Goldbach, dessen Einnahmen beim Agitationsfonds 594 M. betragen, denen eine Ausgabe von 663 M. gegenüberbrachte. Das sich ergebende Defizit mußte aus dem Unterhaltungsfonds gedeckt werden, der in Einnahme und Ausgabe mit 6095 bezw. 6081 M. balancirte. Soweit die Vertrauensmänner in ihren Berichten die Organisationsfrage streiften, sprachen sich Segig und Vredler für allgemeine Metallarbeiter-Union aus, Schwarz für Branchenorganisation, die durch die Verbindung der Vertrauensmänner unter sich, nebst wäre demgemäß an alle Eltern und Vormünder, die ihre Kinder oder Mündel zur Erlernung des Steinmehrgewerbes bestimmt haben, die dringende Mahnung zu richten, dieselben niemals unmittelbar nach ihrer Entlassung aus der Schule in die Lehre zu schicken, sondern stets erst einige Jahre vergehen zu lassen, während deren die jungen Leute ja leicht auf eine andere, ihrer gesunden Entwicklung angemessenen Weise beschäftigt werden können.

Vormittags-Sitzung vom 2. Juni
Anwesend sind bis jetzt 128 Delegirte, die etwa 180 Orte vertreten. Nach Verlesung von verschiedenen Telegrammen werden die Berichte der Vertrauensmänner zur Debatte gestellt.

Hilmer erklärt, daß die Einigkeit der Vertrauensmänner nicht so war, wie Segig sie schilderte, die Vorgänge in Halle und Braunschweig haben es gezeigt. Er macht der „Metallarbeiter-Zeitung“ den Vorwurf, die Streitigkeiten noch verschärft zu haben. Er für seine Person nehme an den Zusammenkünften der Vertrauensmänner nicht mehr Theil, da er in solcher Kompromisse nicht mehr arbeiten wolle. Für die Zukunft lege er nur noch auf dem Schmiede-Kongress Rechnung ab, nicht mehr auf dem allgemeinen Kongress.

Vredler-Nürnberg weist den Vorwurf Hilmers zurück, er habe die Schmiede nicht abgehalten, Vereinigungen zu gründen. Hilmer möge wahrheitsgetreu berichten. Es ist wahr, daß wir zusammen gearbeitet haben; wenn wir auch nicht alle einer Ansicht waren, so hat sich jeder der Majorität gefügt.

Herr Segig-Bärth bestatigt das von Vredler Gesagte.

Mainz, 2. Juni. Während in allen hiesigen Gewerkschaften die Vereinsbewegung eine steigende Tendenz hat, macht die Maurer allein eine unrahmliche Ausnahme. Die Indifferenz ist so groß geworden, daß der Maurer-Verband am Sonntag eine Resolution faßte, des Inhalts, er werde so lange davon Abstand nehmen die Interessen der Fachgenossen zu wahren, bis mindestens die Hälfte der hiesigen Maurer sich der Organisation angeschlossen haben werde. Eine solche Stellungnahme ist gewiß bedauerlich, aber man begreift, daß einige Wenige, denen man allein die Lasten aufbürdet, es müde werden können, solche im Interesse der Allgemeinheit zu tragen. — In einer kleineren Schaufabrik haben sämtliche Stepperinnen wegen Lohnreduktion und Mahregelung eines Mitgliedes der Lohnkommission gestern die Arbeit niedergelegt; die Zweier haben mit 14-tägigem Termin gekündigt.

Soziale Uebersicht.

Streikstatistik. In den „Annalen des Deutschen Reiches“ finden sich folgende Angaben über größere Streiks in Deutschland in der Zeit vom 1. Januar 1889 bis Ende April 1890. Als größere Streiks werden diejenigen bezeichnet, an welchen sich mehr als zehn Arbeiter betheiligt haben. Es sind angegeben 1181 Streiks mit 394440 Arbeitern.

Davon kommen	
auf Preußen	280 283 Arbeiter
„ Elsaß-Lothringen	52 890 „
„ Hamburg	26 092 „
„ Sachsen	22 818 „
„ andere Staaten	25 947 „

Summa: 394440 Arbeiter.

Davon waren „Kontraktbrüchig“ etwa 67 pCt., nämlich 264 407 Arbeiter.

In Preußen allein waren 210 664 Arbeiter = 73 pCt. „Kontraktbrüchig“. „Gekündigt“ haben in Preußen nur 82 820 Mann, ehe sie in den Streik eustraten.

Als minderjährig sind festgestellt 11 pCt. aller Streikenden, der Bericht meint jedoch, daß diese Zahl in Wirklichkeit erheblich höher sei.

Nach Gewerkschaften geordnet giebt der Bericht das folgende Bild. Es betheiligten sich an den Streiks:

190 375 oder 48 pCt. dem Bergbau angehörende Arbeiter	
72 186	18 „ den Bergwerken „
47 188	12 „ der Textilindustrie „
16 665	4 „ Metall „
68 060	17 „ anderen Gewerben „

Von Bergarbeitern in Preußen sind 69 2/3 pCt. „Kontraktbrüchig“ gewesen und nur 1/3 pCt. haben „gekündigt“.

Der Erfolg ist bei 1075 Streiks angegeben. Danach haben bei 187 Streiks die Arbeiter die Erfüllung ihrer Forderungen durchgesetzt, während bei 468 Streiks die Forderungen nur teilweise erfüllt sind, und 420 Streiks gänzlich verloren gingen. Man wird kaum fehlgreifen, die 59 Streiks, bei denen Nichts angegeben ist, zu den verlorenen zu rechnen; dann stellt sich der Erfolg nach Prozenten berechnet, wie folgt:

Ganz gewonnen	15 pCt.
theilweise gewonnen	44 „
ganz verloren	41 „

Wenn irgend etwas geeignet ist, der deutschen Arbeiterschaft die Nothwendigkeit der Organisation klar zu machen, so sind es diese Zahlen. Wenn dieselben auch von dem Rechenkünstler des Fabrikantenthums aufgestellt sind, so ist es doch fraglich, ob sich das Resultat erheblich günstiger für die Arbeiter stellt, wenn sie selbst Berechnungen anstellen. Es ist ein Beweis von der Uebermacht des Kapitals, der nur durch strenge Organisation begegnet werden kann.

Die statistischen Erhebungen aus dem Steinmehrgewerbe vom Jahre 1890 geben äußerst interessante Aufschlüsse darüber, wie verderblich in diesem Gewerbe die Arbeit auf den Gesundheitszustand der Arbeiter einwirkt. Die Schule einmal kurz mitgeteilt wurde, beträgt das Durchschnittsalter der Steinmehrer etwas weniger als 33 Jahre. Es hat sich jedoch die bemerkenswerthe Thatsache herausgestellt, daß ein höheres Durchschnittsalter fast nur von solchen Steinmehrer erreicht wird, welche ihr Gewerbe erst nach dem 17. Lebensjahre erlernt oder überhaupt keine Lehrzeit durchgemacht haben. Von etwa 250 verstorbenen Steinmehrer hatte 1 das Alter von 18 Jahren erreicht; die Sterblichkeit steigt sich dann bis zum Alter von 32 Jahren, in welchem 28 der Berufsleute erlagen; die Zahl derjenigen Steinmehrer, welche ein höheres Alter erreichten, ist eine verhältnißmäßig geringe. So erreichten zum Beispiel nur sieben Personen das Alter von 45 Jahren, drei das von 47, 4 das von 50, 3 das von 52 und 2 das von 55 Jahren. Ein höheres Alter erreichte nur je ein Steinmehrer, und das höchste Alter überhaupt betrug 63 Lebensjahre. Dieses höhere Lebensalter erreichten aber, wie schon bemerkt, hauptsächlich diejenigen Steinmehrer, welche ihr Gewerbe nicht von Jugend an erlernten, sondern sich denselben erst später im Mannesalter widmeten; es sind das vorzüglich die sogenannten Spätmehrer, die sich als gelernte Maurer die Kenntnisse des Steinmehrgewerbes angeeignet haben und nunmehr denselben ausschließlich nachgeben. Umgekehrt aber zeigt sich bei denjenigen Steinmehrer das niedrigste Lebensalter, welche gleich nach der Entlassung aus der Schule in die Lehre kamen. Die Berufskaufheit der Steinmehrer ist ja bekanntlich die Lungenschwindsucht, und es ist klar, daß dieses mörderische Handwerk auf die noch in rother Entwicklung begriffene Lunge der Jünglinge im Alter von 14—17 Jahren eine ungleich verderblichere Einwirkung ausübt, als auf die älteren Personen. Auch tritt der Umstand noch in den Vordergrund, daß nach Anweisung der nothwendigsten Begriffe, einen Stein zu bearbeiten, der junge Lehrling sofort in Arbeit zu schaden muß. Durch die Aussicht auf einen eventuellen Mehrerwerb spannen die jungen Leute aber ihre Kraft demüthig an, daß sie in der Regel schon vor dem Auslernen den Keim zur Schwindsucht in der Brust tragen. Erst der Lehrling dagegen erst nach dem vollendeten 16. Lebensjahre in die Lehre ein, so erreicht er nach statistischen Anweisungen schon ein bedeutend höheres Alter. Es wäre demgemäß an alle Eltern und Vormünder, die ihre Kinder oder Mündel zur Erlernung des Steinmehrgewerbes bestimmt haben, die dringende Mahnung zu richten, dieselben niemals unmittelbar nach ihrer Entlassung aus der Schule in die Lehre zu schicken, sondern stets erst einige Jahre vergehen zu lassen, während deren die jungen Leute ja leicht auf eine andere, ihrer gesunden Entwicklung angemessenen Weise beschäftigt werden können.

Veranstaltungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt Dienstag Abend eine öffentliche Versammlung ab, welche sich eines sehr guten Besuches zu erfreuen hatte.

Sodann wurde seitens des Vergnügungskomitees Abrechnung über das letzte Vergnügen gegeben; es waren dabei eingenommen 779,20 M. und ausgegeben 246,90 M., so daß ein Ueberschuß von 532,30 M. verblieb.

Einem Vorschlag des Vorsitzenden, 200 M. aus der Vereinskasse ebenfalls dem Parteifonds zu überweisen, gab die Versammlung ihre Zustimmung.

Ferner theilte der Vorsitzende mit, daß auf vielfache Anregungen der Vorstand in seiner letzten Sitzung beschlossen habe, einen gemeinschaftlichen Ausflug zu veranstalten.

Als Tag hierfür habe man Sonntag den 19. Juli in Aussicht genommen. Die Versammlung stimmte dem Vorschlage des Vorstandes bei und überließ diesem alle weiteren Maßnahmen.

Fiskalversammlung des Verbandes der Barbiergehilfen. Der Zweigverein Berlin des Verbandes deutscher Barbier-, Friseur- und Perrückenmacher-Gehilfen hielt am 21. v. M. eine Generalkonferenz ab.

Der Vorsitzende betonte in sachlicher Form die Mangelhaftigkeit des Einhaltens des Schließens der Geschäfte im Zentrum; er erwähnt die Mühseligkeit des in der letzten öffentlichen Versammlung gewählten Bureau's.

Zahlung Monats! Große Versammlung des Allgemeinen Arbeiterinnen-Vereins, Hübnerstr. 43, am Sonntag, den 6. Juni, Abends 8 Uhr, bei Frau's, Wilmersdorferstr. 43.

Verband deutscher Barbier-, Friseur- und Perrückenmacher-Gehilfen (Verein für Berlin). Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 4. Juni, Abends 10 Uhr, Rosenfelderstr. 43.

Lebe- und Diskussionsklub. Donnerstag, Verein Volksbildung (Männer und Frauen) Abends 8 Uhr, im Restaurant Nürnberg, Schönhauser Allee Nr. 29.

Arbeiter-Vereinigung Berlin und Umgegend. Donnerstag Abends 8 Uhr, Uebungshaus. Aufnahme neuer Mitglieder. - Seeger'scher Gesangsverein, Blumenstraße 46 bei Wend.

Säbelscher Turnverein. Männer-Abtheilung, Abends 8-10 Uhr, Griladeckstr. 67-69, Königsplatz. Gymnastium. - Turnverein „Orion“, Scherlingstr. 67-69, Königsplatz.

Wahlversammlung des Verbandes der Barbiergehilfen. Der Zweigverein Berlin des Verbandes deutscher Barbier-, Friseur- und Perrückenmacher-Gehilfen hielt am 21. v. M. eine Generalkonferenz ab.

Der Vorsitzende betonte in sachlicher Form die Mangelhaftigkeit des Einhaltens des Schließens der Geschäfte im Zentrum; er erwähnt die Mühseligkeit des in der letzten öffentlichen Versammlung gewählten Bureau's.

Zahlung Monats! Große Versammlung des Allgemeinen Arbeiterinnen-Vereins, Hübnerstr. 43, am Sonntag, den 6. Juni, Abends 8 Uhr, bei Frau's, Wilmersdorferstr. 43.

Lebe- und Diskussionsklub. Donnerstag, Verein Volksbildung (Männer und Frauen) Abends 8 Uhr, im Restaurant Nürnberg, Schönhauser Allee Nr. 29.

Arbeiter-Vereinigung Berlin und Umgegend. Donnerstag Abends 8 Uhr, Uebungshaus. Aufnahme neuer Mitglieder. - Seeger'scher Gesangsverein, Blumenstraße 46 bei Wend.

Sprechsaal.

In Nr. 124 des „Vorwärts“ vom 31. Mai ist ein Verfallungsbericht der Delegierten der Artz-Krankenkasse der Tapezierer enthalten.

Ich habe gesagt, daß der Kassirer Lohföner beständig krank, jetzt erst wieder von Anfang Dezember 1890 bis Ende Mai krank gewesen ist, und dem Kollegen Kollbrunn dafür nur 100 M. pro Monat gezahlt und 70-90 M. pro Monat Gehalt in die Tasche gesteckt.

Ferner heißt es: Redner verliest zur Charakterisierung des Kollegen Fricke noch eine Denunziation an die königliche Regierung zu Potsdam, in welcher er verschiedene Kollegen als sozialdemokratische Agitatoren gekennzeichnet hat.

Ich erkläre Obiges für Unwahrheit, daß überhaupt dieses in solcher Fassung verlesen ist. Auf meine Motivierung obigen Antrages hat der Kassirer Lohföner eine Abschrift der „Tapezierer-Zeitung“ vom Jahre 1877 verlesen.

In meiner Erwiderung habe ich mich nicht noch mehr hineingeredet, sondern klar und deutlich erklärt, daß es sich im Jahre 1877 nicht um eine Denunziation gehandelt habe, sondern es galt mir und den 25 Mitunterzeichnern der Beschlüsse zu beweisen, daß die betreffende Versammlung keine geschlossene Quartals-Versammlung, sondern eine öffentliche politische Versammlung gewesen sei.

Eine Denunziation hat mir sowohl als sämtlichen Unterzeichneten ferngelegen. Außerdem hob ich hervor, daß der Bericht in der Zeitung nicht einen amtlichen Charakter habe, sondern von dem damaligen Redakteur Kaufmann tendenziös verfaßt sei und derselbe keine Berichtigung aufgenommen habe.

J. Fricke.

Briefkasten der Redaktion.

C. S. Johanneorgenstadt. Da, wie Sie mittheilen, die Betreffenden am 1. Januar d. J. das 70. Lebensjahr bereits überschritten hätten, auch die vorgeschriebenen Nachweise über ihre Beschäftigung während der letzten 3 Jahre erbracht hätten, so scheint die Verzögerung in der Bewilligung der Altersrente völlig ungerechtfertigt zu sein.

Briefkasten der Expedition.

Für den Partei-Fonds gingen ferner folgende Beiträge bei und ein: Von 6 Genossen Reichenbergerstr. 114 5.-, Marquard, Alt-Moabit 1.-, Flensburgerstr. 3.-, Karl Köhler 2.-, Summa 11 M. Vereits quittirt 1241,35. Summa 1252,35 M.

Vermischtes.

Paris, 3. Juni. Jouanno, Direktor eines Depositen-Bankgeschäftes in der Richelieustraße, ist tödtlich geworden. Das Geschäft, in welchem 20 Beamte thätig waren, verteilte eine Monatsdividende von 5-6 pCt. die Hauptkunden waren Geistliche und Offiziere in den Provinzen.

Advertisement for 'Reiterhandlung!' (Riding shop) and 'Arbeitsmarkt' (Labor market). The riding shop advertises various riding gear and services, while the labor market section lists various job opportunities and services.

Large advertisement for 'Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt'. It includes information about the publication, its history, and details about the 'Gewerbe-Ordnung' (Trade Regulation) book for sale. The ad mentions that the book is available in a pocket format for 1 Mark.